
Stefan Goch

„Schmelztiegel Ruhrgebiet“ oder fragmentierte Stadtgesellschaft?

Das Beispiel der in Gelsenkirchen lebenden Menschen

Die Vorstellung vom „Schmelztiegel Ruhrgebiet“¹ geht davon aus, dass die Zuwandererregion Ruhrgebiet die Prägungen unterschiedlicher Zuwanderergruppen zusammenschmelzen konnte und weiter kann, so dass ein mehr oder weniger einheitliches „Ruhrvolk“² entstand und entsteht. Dagegen steht die Vorstellung einer hoch differenzierten, eher fragmentierten Gesellschaft. Diese Differenzierung betrifft sozioökonomische und kulturelle Faktoren, die sich unter anderem auch durch Zuwanderungsbewegungen erklären lassen. Um zu einer Einschätzung zu gelangen, sind deskriptiv und explorativ die Strukturen der Zuwanderungsgesellschaft des Ruhrgebiets und das gesellschaftliche Zusammenleben zu analysieren, wobei sich ganz praktisch Fragen nach Integration, Assimilation und Akkulturation oder eben Fragmentierungen stellen.³

- 1 Kritisch Dietmar Petzina, Die Erfahrung des Schmelztiegels. Zur Sozialgeschichte des Ruhrgebiets, in: Heiner Dürr/Jürgen Gramke (Hg.), Erneuerung des Ruhrgebiets. Regionales Erbe und Gestaltung für die Zukunft. Festschrift zum 49. Geographentag Bochum 3.–9. Oktober 1993, Paderborn 1993, S. 41–46; auch Dietmar Petzina, Die Bedeutung der Migration am Beispiel des Ruhrgebietes, Bochum 1994.
- 2 So historisch Wilhelm Brepohl, Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung. Beiträge zur deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Recklinghausen 1948; Wilhelm Brepohl, Industrievolk im Wandel von der agraren zur industriellen Daseinsform, dargestellt am Ruhrgebiet, Tübingen 1957. Vgl. Stefan Goch, Wege und Abwege der Sozialwissenschaft: Wilhelm Brepohls industrielle Volkskunde, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, Forschungen und Forschungsberichte (2001), H. 26, S. 139–176.
- 3 Zu Theorien zur Migration knapp Ludger Pries, Internationale Migration. Einführung

Die Bedingungen der notwendigen Aushandlungsprozesse zum Zusammenleben „vor Ort“ können an dem für das Ruhrgebiet typischen Beispiel Gelsenkirchen⁴ beobachtet und analysiert werden. In dieser Stadt haben sich in jüngerer Zeit, also etwa seit Mitte der 1980er Jahre, die Strukturen der Bevölkerung und des Sozialraumes vor dem Hintergrund von Zuwanderungsprozessen gravierend verändert.⁵

in klassische Theorien und neue Erklärungsansätze, in: Geographische Rundschau 6 (2008), S. 4–10; Ludger Pries, Soziale Ungleichheit und Migration im 21. Jahrhundert, in: Patricia Pielage/Ludger Pries/Günther Schultze (Hg.), Soziale Ungleichheit in der Einwanderungsgesellschaft – Kategorien, Konzepte, Einflussfaktoren, Bonn 2012, S. 172–181; vgl. die Diskussion in Ludger Pries, Transnationalisierung, Theorie und Empirie neuer Vergesellschaftung, Wiesbaden 2010, älterer Überblick Hartmut Esser, Assimilation, ethnische Schichtung oder selektive Akkulturation? Neuere Theorien der Eingliederung von Migranten und das Modell der intergenerationalen Integration, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft, 2008, S. 81–107.

- 4 Die Stadt Gelsenkirchen wird immer wieder als Beispiel armer Städte in Nordrhein-Westfalen herangezogen, gerne auch von oberflächlich arbeitenden Journalisten. Seriöse wissenschaftliche Studien (neben anderen hier herangezogenen): Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.), Sozialraumanalyse. Soziale, ethnische und demographische Segregation in den nordrhein-westfälischen Städten, Dortmund 2006; Klaus Peter Strohmeier, Segregation in den Städten, Bonn 2006. Anfänge der neueren Sozialraumforschung gerade auch am Beispiel Gelsenkirchen: Klaus Peter Strohmeier/Volker Kersting, Sozialraum Ruhrgebiet. Stadträumliche Differenzierungen von Lebenslagen, Armut und informelle Solidarpotentiale, in: Rainer Bovermann/Stefan Goch/Heinz-Jürgen Priamus (Hg.), Das Ruhrgebiet – Ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Politik in der Region 1946-1996, Essen 1996, S. 451–475. Ein weiteres Beispiel zur medialen Wahrnehmung des Ruhrgebiets (hier Dortmund und Gelsenkirchen und ihre Fußballvereine in der Süddeutschen Zeitung): Stefan Goch, Zwischen Mythos und Selbstinszenierung: Fußball im Ruhrgebiet und das Image der Region, in: Westfälische Forschungen 63 (2013), S. 103–118.
- 5 Konzeptionell Strohmeier/Kersting, Sozialraum (wie Anm. 4), S. 451–475. Ursprünglich z.B. Franz-Xaver Kaufmann, Herausforderungen des Sozialstaates, Frankfurt a.M. 1997; Franz-Xaver Kaufmann, Sozialpolitik und Sozialstaat. Soziologische Analysen, Wiesbaden 2009. Forschungsstand mit NRW-Perspektive: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen, Sozialraumanalyse (wie Anm. 4); Strohmeier, Segregation (wie Anm. 4), S. 18–20. Notwendigerweise werden hier explorativ nur zentrale Strukturmerkmale des untersuchten Sozialraumes behandelt.

1. Zuwanderung im Ruhrgebiet

1.1 Industrialisierung und Wanderungen bis in die Bundesrepublik

Historisch sind das Ruhrgebiet und besonders auch Gelsenkirchen typische Beispiele für Zuwanderergesellschaften. Die Region entwickelte sich durch Migration von einer weitgehend unbesiedelten Landschaft hin zu dem in der Gegenwart bekannten Agglomerationsraum.⁶ Nach Umgebungswanderung, westdeutscher Wanderung z.B. aus Hessen, Hollandgängerei und dann Zuwanderung von Arbeitskräften aus Polen und Masuren im Industrialisierungsprozess vor dem Ersten Weltkrieg, nach Wanderungsbewegungen der Zwischenkriegszeit und durch den Nationalsozialismus verursachten Deportationen und Zwangsarbeitereinsätzen waren auch die unmittelbare Nachkriegszeit und die Zeit der Bonner Republik von umfangreichen Wanderungsbewegungen im Ruhrgebiet geprägt. So blieben einige Opfer des „Dritten Reiches“ als *Displaced Persons* im Ruhrgebiet, zahlreiche Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und bis zum Mauerbau 1961 auch viele Menschen aus der DDR kamen ins Revier.⁷

- 6 Vgl. meine Arbeiten, die hier weitergeführt werden: Stefan Goch/Stefan Przigoda, Bergfremd(e) – Ausländer im Ruhrbergbau, in: Ingrid Wölk/Klaus Wisotzky (Hg.), Fremd(e) im Revier!? Zuwanderung und Fremdsein im Ruhrgebiet. Ein Projekt der Kulturhauptstadt Europas Ruhr.2010, Essen 2010, S. 222–257; Stefan Goch, Zuwanderung und Differenzierung der konfessionellen Strukturen im Ruhrgebiet der Moderne, in: Markus Harzenetter/Walter Hauser/Udo Mainzer/Dirk Zache (Hg.), Fremde Impulse. Baudenkmale im Ruhrgebiet, Münster 2010, S. 25–39; Für einen Teilraum Gelsenkirchens Stefan Goch, Die Bevölkerung von Buer. Eingesessene und Zugewanderte, in: Stefan Goch/Gerd Escher (Hg.), Buer – Geschichte(n) einer Stadt. Ein starkes Stück Gelsenkirchen, Essen 2014, S. 187–208; früh Stefan Goch, Neuere Wanderungsbewegungen, in: Stadt Gelsenkirchen (Hg.), Gelsenkirchen – eine Stadt mit vielen Kulturen. Ein interkultureller Stadtführer, Gelsenkirchen 2001, S. 18–25. Profitiert habe ich von der Arbeit meiner Kollegen Mehmet Ayas und Dr. Daniel Schmidt an der Ausstellung „Heimat – Heimisch – Einheimisch: Gastarbeiter und ihre Familien in Gelsenkirchen“ des Instituts für Stadtgeschichte.
- 7 Überblick: K. Erik Franzen, Migration als Kriegsfolge: Instrumente und Intentionen staatlicher Akteure nach 1945, in: Jürgen Oltmer (Hg.), Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, Berlin/Boston 2016, S. 721–739. Für NRW und das Ruhrgebiet: Christoph Nonn, Kleine Migrationsgeschichte von Nordrhein-Westfalen, Köln 2011, S. 86–97; Karlheinz Hottes, Vertriebene und Flüchtlinge im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Bochum 1977; Dagmar Kift, Aufnahme in Bergbau und Industrie. Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im Zuwanderungsland Nordrhein-Westfalen in vergleichender Perspektive, in: Marita Krauss (Hg.), Integrationen. Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945, Göttingen 2008, S. 120–147; Klaus J. Bade (Hg.), Neue Heimat im Westen. Vertriebene,

1.2 „Gastarbeiter“

Trotz solcher Zuwanderungsbewegungen war das Arbeitskräftepotenzial der Bundesrepublik und auch des Ruhrgebiets im Wiederaufbau bald erschöpft, so dass Abkommen zur Anwerbung sogenannter Gastarbeiter mit vorwiegend südeuropäischen Ländern abgeschlossen wurden (1955-1968: Abkommen mit Italien, Spanien, Griechenland, der Türkei, Marokko, Südkorea, Portugal, Tunesien, Jugoslawien). Unter den angeworbenen „Gastarbeitern“ befanden sich auch ethnische Minderheiten aus den Anwerbeländern wie Kurden, Armenier und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen aus Jugoslawien. Wie in Zeiten der Industrialisierung wurden die Menschen von den Unternehmen offensiv angeworben, allerdings gab es bei den „Entsendeländern“ durchaus auch ein Interesse an einer Entlastung ihrer Arbeitsmärkte und an der Qualifizierung der Arbeitskräfte.⁸

Im Ruhrgebiet wurden ausländische Arbeitnehmer vor allem von der Montanindustrie angeworben. Viele „Gastarbeiter“ arbeiteten in Gelsenkirchen auf den Zechen, aber auch in der Eisen- und Stahlindustrie, „Gastarbeiterinnen“ vor allem in den Bekleidungsfabriken. Nach einiger Zeit kehrten zahlreiche der ausländischen Arbeitskräfte in ihre alte Heimat zurück oder zogen weiter.

Vor allem im industriellen Sektor kam es durch die „Gastarbeiter“ zu einer Unterschichtung der deutschen Arbeitnehmerschaft, was wiederum den deutschen Arbeitnehmern im Rahmen des strukturellen Wandels in der Arbeitswelt den Aufstieg in höherwertige und besser dotierte Stellen ermöglichte. Die ausländischen Arbeitnehmer besetzten die weniger anspruchsvollen Stellen, die im Rahmen des Strukturwandels längerfristig jedoch gefährdet waren.

Flüchtlinge, Aussiedler, Münster 1990; Uwe Kleinert, Flüchtlinge und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen 1945-1961. Arbeitsmarkt – Gewerbe – Staat, Düsseldorf 1988. Zu DP's: Wolfgang Jacobmeyer, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951, Göttingen 1985.

- 8 Nonn, Migrationsgeschichte (wie Anm. 7), S. 101-102; Hisashi Yano, „Wir sind benötigt, aber nicht erwünscht“, in: Aytaç Eryılmaz/Mathilde Jamin (Hg.), Fremde Heimat. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei, Essen 1998, S. 39-55; Mathilde Jamin, Fremde Heimat. Zur Geschichte der Arbeitsmigration aus der Türkei, in: Jan Motte (Hg.), 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderungsland. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte, Frankfurt a.M. 2000, S. 146; Karin Hunn, „Irgendwann kam das Deutschlandfieber auch in unsere Gegend ...“. Türkische „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik Deutschland – Von der Anwerbung bis zur Rückkehrförderung, in: Jan Motte/Rainer Ohliger (Hg.), Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft. Migration zwischen historischer Rekonstruktion und Erinnerungspolitik, Essen 2004, S. 73-75. Vgl. ausführlich am Beispiel des deutsch-türkischen Abkommens Karin Hunn, „Nächstes Jahr kehren wir zurück ...“. Die Geschichte der türkischen „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik, Göttingen 2005, S. 33-70.

Die Arbeitsmigranten wurden in den Sammelunterkünften und Siedlungen untergebracht, in denen schon die Zuwanderer aus den preußischen Ostprovinzen gelebt hatten, manchmal auch zunächst dort, wo die Zwangsarbeiter während des „Dritten Reichs“ hatten leben müssen.⁹ Die „Gastarbeiter“ bewohnten vielfach Mehrbettzimmer mit wenig Raum für Privatsphäre. Während ein Teil der angeworbenen Arbeitskräfte sich nach Jahren der Arbeit im Ruhrgebiet mit dem Ersparnen eine bescheidene Existenz im Herkunftsland aufbaute, fanden andere in der Fremde eine neue Heimat. In der Bundesrepublik stieg die Zahl ausländischer Arbeitnehmer von 260.000 im Jahr 1960 auf 2,6 Millionen zur Zeit des von der Bundesregierung erlassenen Anwerbestopps 1973.

Schon in den 1960er Jahren holten die ersten „Gastarbeiter“ ihre Familien nach Gelsenkirchen. Ihre Kinder wurden in gesonderten Klassen zusammengefasst – vor allem erhielten sie auch Unterricht in ihrer Muttersprache, damit ihre vorgesehene Rückkehr nicht an mangelnden Sprachkenntnissen scheitern würde. Dies zeigt: Lange wurde nicht akzeptiert, dass Zuwanderung von Dauer sein könnte. Daher blieben nachhaltige Maßnahmen, die die Integration der Ausländer förderten, entweder die Ausnahme oder wurden nur halbherzig betrieben.

Mit dem Familiennachzug stieg die ausländische Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik weiter von 1,92 Mio. Menschen 1968 auf 3,97 Mio. Menschen 1973.¹⁰ Weiterhin gab es unter den ausländischen Staatsangehörigen erhebliche Bewegung, in Gelsenkirchen waren 1975 26 Prozent der Menschen, die aus Gelsenkirchen fortzogen, ausländische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, bei einem Bevölkerungsanteil von 7 Prozent.¹¹ Für den deutschen Arbeitsmarkt

9 Anne von Oswald/Barbara Schmidt, „Nach Schichtende sind sie immer in ihr Lager zurückgekehrt ...“. Leben in „Gastarbeiter“-Unterkünften in den sechziger und siebziger Jahren, in: Motte, 50 Jahre (wie Anm. 8), S. 184.

10 Überblick: Jochen Oltmer, Migration im 19. und 20. Jahrhundert, München 2010, S. 56; Monika Mattes, Wirtschaftliche Rekonstruktion in der Bundesrepublik Deutschland und grenzüberschreitende Arbeitsmigration von den 1950er bis zu den 1970er Jahren, in: Oltmer, Handbuch (wie Anm. 7), S. 815–851; Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880–1980, Berlin 1986, S. 190–202. Das Gelsenkirchener Institut für Stadtgeschichte hat hierzu eine bedeutsame Sammlung angelegt und die Ausstellung „Heimat – Heimisch – Einheimisch. Arbeitsmigration nach 1955“ erarbeitet, deren Ergebnisse auch in diese Darstellung eingeflossen sind.

11 Allerdings befanden es die Stadtplaner nicht für notwendig, nach deren Motiven für den Fortzug zu fragen, weil diese Bevölkerungsgruppe ihnen als klein und unbedeutend erschien und sie das Scheitern einer Befragung an „unüberbrückbaren Verständigungsschwierigkeiten“ erwarteten. Stadt Gelsenkirchen, Gründe für die Abwanderung aus der Stadt Gelsenkirchen. Ergebnisse einer Befragungsaktion im Oktober 1975, Gelsenkirchen 1976, hier S. 4.

übernahmen die ausländischen Beschäftigten so etwas wie eine Pufferfunktion – angesichts krisenhafter ökonomischer Entwicklungen in den späten 1960er Jahren und dann spürbarer ab 1973/74 sank die Zahl ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Pufferfunktion wurde deutlich in dem 1973 verordneten Anwerbestopp, der angesichts zunehmender Arbeitsmarktprobleme in der Bundesrepublik erfolgte. Später wurde mit Rückkehrhilfen eine Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes betrieben.¹²

In den 1960er und 1970er Jahren waren die „Gastarbeiter“ und ihre Familien vielfältigen Formen von Vorurteilen und Alltagsrassismus ausgeliefert, die teilweise an Argumentationsmuster aus dem „Dritten Reich“ anknüpften. Allerdings bemühten sich Arbeitgeber, Arbeitnehmervertreter und auch der Staat darum, in der Bevölkerung Verständnis für Anpassungsschwierigkeiten oder kulturellen Differenzen zu schaffen. Dabei war den Akteuren klar, dass sie vor dem Hintergrund einer nationalsozialistischen Vergangenheit handelten. Es scheinen gerade Unternehmen der Schwerindustrie im Ruhrgebiet gewesen zu sein, die, wie NRW-Sozialminister Konrad Grundmann 1962 formulierte, „nach dem letzten Kriege etwas hinzugelernt“ hatten und auf islamische Gebräuche Rücksicht nahmen.¹³ Insgesamt wurden in dieser Zeit gegenüber den Zuwandern offensichtlich kaum Verbrechen registriert.¹⁴ Im Zeichen der Wirtschaftskrise nach Mitte der 1970er Jahre nahm die Fremdenfeindlichkeit allerdings zu. Ausländer wurden als Konkurrenten um knappe Arbeitsplätze gesehen.

Fast alle politischen Kräfte und auch die Öffentlichkeit der Bundesrepublik weigerten sich bis in die 1980er Jahre anzuerkennen, dass die Bundesrepublik zu einem Einwanderungsland geworden war. Für die „Gastarbeiterfamilien“ gab es daher nur zwei Wege: Entweder kehrten sie zu einem passenden Zeitpunkt mittels der sogenannten Rückkehrhilfen in die alte Heimat zurück oder sie arrangierten sich mit der Ankunftsgesellschaft. Für den letzteren Weg und die Integration der Bleibenden waren ein vereinfachtes Aufenthaltsrecht, eine Verbesserung der Lebenssituation und Sprachunterricht für die nachwachsende Generation vorgesehen. Der Weg eines kulturellen Pluralismus von Einheimischen und Zugewanderten wurde kaum thematisiert oder als Ziel formuliert. Erst 1979 charakterisierte der ehemalige NRW-Ministerpräsident und damalige Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (seit 1978), Heinz Kühn,

12 Oltmer, Migration (wie Anm. 10), S. 58–60.

13 Hunn, Deutschlandfieber (wie Anm. 8), S. 83. Vgl. Hunn, Jahr (wie Anm. 8), S. 101–109 mit Zitat.

14 Vgl. Darstellung bei Nonn, Migrationsgeschichte (wie Anm. 7), S. 117.

die Bundesrepublik als Einwanderungsland und forderte eine konsequente Integrationspolitik, kommunales Wahlrecht für Zuwanderer nach zehn Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik und einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung für in Deutschland geborene Kinder aus Ausländerfamilien.¹⁵

1.3 Europäische Binnenwanderung

Wie die Tatsache, dass die südeuropäischen Zuwanderer ein fester Bestandteil der bundesrepublikanischen Gesellschaft geworden waren, wurde in der öffentlichen Diskussion auch übersehen, dass mit fortschreitender europäischer Integration und ökonomischer Verflechtung der Exportnationen auch zahlreiche Menschen aus den westeuropäischen Staaten der Europäischen Gemeinschaften (EG) in die Bundesrepublik kamen. Seit den 1960er Jahren wurde zunehmend die schon in den römischen Verträgen von 1957 vorgesehene Freizügigkeit innerhalb der EG bzw. dann in der späteren Europäischen Union (EU) auch umgesetzt. Nach Zwischenschritten wurde 1968 die Arbeitsaufnahme in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ohne Arbeitserlaubnis freigegeben. Prinzipiell galt diese Arbeitnehmerfreizügigkeit später auch bei den osteuropäischen Erweiterungen der Europäischen Union, allerdings mit Sonderregelungen (z.B. zur saisonalen Wanderung) und gewissen Übergangsfristen.¹⁶

1.4 Flüchtlinge der 1980er und beginnenden 1990er Jahre und ein „Asylkompromiss“

Während nach dem Anwerbestopp Zuwanderung zunächst vor allem durch Familiennachzug und zunehmende Wanderung innerhalb der Europäischen Gemeinschaften stattfand, kamen vor allem seit den 1980er Jahren zahlreiche Flüchtlinge und Verfolgte in die Bundesrepublik, z.B. aus Diktaturen in Spanien, Griechenland, Portugal, der Türkei, Chile, Lateinamerika insgesamt, Persien/Iran, aber auch aus verschiedenen Staaten Afrikas und Asiens sowie aus Osteuropa. Anfang der 1980er Jahre kamen erstmalig mehr als 100.000 Asylbewerber pro Jahr in die Bundesrepublik. Die Krisen vor allem im osteuropäischen Raum führten dazu, dass 1988 wiederum 100.000 Anträge auf Asyl vorlagen, 1990 190.000 Anträge und schließlich 1992 ein Höchststand mit 440.000 Anträgen erreicht war. Vor diesem Hintergrund entbrannte eine öffentliche Diskussion um die Aufnahmefähigkeit der deutschen Gesellschaft und den vermeintli-

¹⁵ Ebd., S. 123–126.

¹⁶ Oltmer, Migration (wie Anm. 10), S. 62–64.

chen Missbrauch des Asylrechts. Es kam nun auch zu verstärkter Gewalt gegen Flüchtlingsunterkünfte und zugewanderte Menschen, zunächst vor allem in den neuen Bundesländern und dann in der gesamten Bundesrepublik. Die weltweiten Flucht- und Wanderungsbewegungen und deren Folgen für die Bundesrepublik führten zu einer Verschärfung des Asylrechts mit zahlreichen Änderungen und dann mit der Verfassungsänderung von 1993, dem „Asylkompromiss“, der die Anerkennung von Asylbewerbern aus den jeweils festzulegenden „sicheren Herkunftsländern“ ausschloss.¹⁷

2. Beginnende „Ausländerpolitik“ und Integrationsmaßnahmen

In Gelsenkirchen registrierte die kommunale Verwaltung in den 1970er Jahren, dass man sich mit den Aufgaben und Anforderungen der Zuwanderung auseinandersetzen musste. Das Sozialamt erarbeitete daher einen „Kommunalplan für ausländische Mitbürger“, der 1979 in den Gremien der Kommunalpolitik beraten wurde.¹⁸ Der Plan gewährt Einblicke in die damaligen Erkenntnisse der Stadt: „Ein großer Teil der ausländischen Mitbürger wird sicherlich auf Dauer hierbleiben. Es ist daher weitgehend eine Integration anzustreben.“ Dabei sah man aber auch erhebliche Schwierigkeiten auf die Stadt und ihre Stadtgesellschaft zukommen: „Als schwerwiegende Hindernisse einer sozialen Integration erweisen sich die Sprachbarriere, religiöse Unterschiede, nationale und regionale Sitten und Gebräuche, wie überhaupt die große Diskrepanz zwischen den sozialen und kulturellen Verhältnissen der Herkunftsländer und den entsprechenden Gegebenheiten im Bundesgebiet.“ In Gelsenkirchen hatte man allerdings auch erkannt, dass es Verpflichtungen der Aufnahmegesellschaft gab: „Die hier lebenden ausländischen Mitbürger und ihre Familien haben einen Anspruch darauf, ein in die Gesellschaft der Bundesrepublik integriertes und in ihrem sozialen Status gesichertes Leben führen zu können. Dieses Bestreben bedarf eines Handlungsrahmens, eines die wichtigen Eingliederungsprobleme erfassenden Integrationsprogramms.“

17 Oltmer, Migration (wie Anm. 10), S. 68–72; Patrice G. Poutrus, Zuflucht im Nachkriegsdeutschland. Politik und Praxis der Flüchtlingsaufnahme in Bundesrepublik und DDR von den späten 1940er Jahren bis zur Grundgesetzänderung im vereinten Deutschland von 1993, in: Oltmer, Handbuch (wie Anm. 7), S. 853–893, bes. S. 873–893.

18 Kommunalplan für ausländische Mitbürger als Anlage zu Punkt 4 der Niederschrift über die 22. Sitzung des Ausländerbeirates vom 13.3.1979, in: Stadtarchiv Gelsenkirchen (StadtA GE), IB 28, auch GE 50, 319. Die folgenden Zitate ebd.

Es folgte eine detaillierte Situationsbeschreibung, eine ex post durchaus zutreffende Prognose des Ausländeranteils für das Ende der 1990er Jahre und Vorschläge für durchzuführende Maßnahmen. Auch die Problematik der Segregation wurde bereits erfasst und vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung darauf hingewiesen, dass in manchen Teilen des Stadtgebietes aufgrund der gegebenen Altersstruktur der Anteil der ausländischen Kinder auf 50 Prozent aller Kinder steigen könnte.¹⁹ Jenseits der besonderen Betonung der Wichtigkeit von Bildungspolitik für die Zuwandererkinder sah der Kommunalplan vor, dass die kommunale Integrationspolitik eine kommunale Querschnittsaufgabe werden sollte, an der verschiedenste Teile der Verwaltung zu beteiligen waren.²⁰

Ein Ausländerbeirat war in Gelsenkirchen bereits am 15. Juni 1976 begründet worden, um eine Beteiligung der Zuwanderer ohne deutsche Staatsbürgerschaft an der Kommunalpolitik zu ermöglichen. 1971 waren Forderungen nach einem Ausländerbeirat noch abgelehnt worden. Zu Beginn der 1970er Jahre, also noch vor dem Anwerbestopp, hatten sich Teile der „Gastarbeiterschaft“ soweit selbst organisiert, dass sie mit solchen Forderungen auftreten konnten. Diese Anfänge der Selbstorganisation fielen zusammen mit den Aufbruchbewegungen der späten 1960er und frühen 1970er Jahre. Bezeichnenderweise wurde am 1. Mai 1971 in Gelsenkirchen auch ein türkischer Arbeiterverein gegründet, in dem sich qualifizierte Facharbeiter und Intellektuelle sammelten und an dessen Spitze ein türkischer Arzt stand.²¹

Bevor die „Gastarbeiter“ in Selbstorganisationen tätig wurden, hatten sich zunächst Kirchen und Sozialverbände wie Arbeiterwohlfahrt, Caritas und Diakonie um deren soziale Belange bemüht und dann vor allem auch die Gewerkschaften. Seit 1964 erhielten ausländische Arbeitskräfte schrittweise das aktive und passive Wahlrecht bei Betriebsratswahlen. Auch übernahmen ausländische Arbeitskräfte (nicht nur) im Ruhrbergbau nun Vertrauensleute- und Betriebsratsposten und erreichten dabei eine dem Beschäftigtenanteil entsprechende Mandatszahl. In den 1970er Jahren wurde unter den ausländischen Arbeitnehmern im Bergbau, die sich auf eine längere Arbeit in der Bundesrepublik eingerichtet hatten und z.B. auch ihre Familien nachgeholt hatten, ein höherer gewerkschaftlicher Organisationsgrad erreicht als unter den deutschen Kollegen.

19 Ebd.

20 Ebd.

21 Das Institut für Stadtgeschichte hat den Aktenbestand des Ausländerbeauftragten/ Integrationsbeauftragten übernommen und aus diesen Unterlagen die Ausstellung „Heimat – Heimisch – Einheimisch. Arbeitsmigration nach 1955“ mit diesen Zusammenhängen erarbeitet.

Zu Beginn der 1990er Jahre waren im Bergbau 98,6 Prozent der ausländischen Arbeitskräfte gewerkschaftlich organisiert.²²

In Gelsenkirchen traten 1972 erstmals „Gastarbeiter“ als Kandidaten bei Betriebsratswahlen an. Zuwanderergruppen vertraten nun auch in anderen Bereichen in der Stadt ihre Interessen: 1973 protestierten spanische Familien gegen fehlende Kindergartenplätze bei der katholischen St.-Josef-Gemeinde in Gelsenkirchen-Schalke, wo die Betreuung der katholischen Zuwandererkinder übernommen worden war. 1974 entstand ein türkischer Lehrerverein, der sich für die Verbesserung der Bildung unter türkischen Zuwanderern einsetzte. Im folgenden Jahr wurde ein türkischer Frauenverein gegründet mit dem Ziel, die Lage der arbeitenden Frauen zu verbessern. Im Ausländerbeirat konnten ab 1976 Initiativen zur Verbesserung der Lebenssituation der ausländischen Menschen in Gelsenkirchen entwickelt werden, gleichzeitig wurden hier die Vorhaben der Stadtverwaltung vorgelegt und konnten diskutiert werden.²³ Ab 1980 wurde der Gelsenkirchener Ausländerbeirat ebenso wie der spätere Integrationsrat durch eine Urwahl der ausländischen Bürgerinnen und Bürger Gelsenkirchens bestimmt.

3. 1986–2016: Verdreifachung und Differenzierung

Gegen Mitte der 1980er Jahre wurde deutlich, dass die „Gastarbeiter“, die bis zum Anwerbestopp von 1973 gekommen waren und ihre Familien nachgeholt hatten, sich mehr oder weniger bewusst auf einen längeren Aufenthalt in Gelsenkirchen einrichteten. Ein weiterer Anstieg der nicht-deutschen Bevölkerung in Gelsenkirchen war weniger durch Zuwanderung als durch den Nachwuchs der Zuwandererfamilien zu erwarten. So hatten in der Gelsenkirchener Bevölkerung am 31. Dezember 1986 bei 291.832 Einwohnern 29.123 Menschen keine bundes-

22 Yvonne Rieker, „Sie wollen Mensch unter Menschen sein“. Das Ruhrgebiet und die italienische Arbeitsmigration, in: Anke Asfur/Dietmar Osses (Hg.), Neapel – Bochum – Rimini. Arbeiten in Deutschland – Urlaub in Italien. Italienische Zuwanderung und deutsche Italiensehnsucht im Ruhrgebiet, Essen 2003, S. 11–19, S. 12–16; Hunn, Jahr (wie Anm. 8), S. 120–136; Dietrich Tränhardt, Die eingewanderten „Ausländer“ im Ruhrgebiet, in: Jan-Pieter Barbian/Ludger Heid (Hg.), Die Entdeckung des Ruhrgebiets. Das Ruhrgebiet in Nordrhein-Westfalen 1946–1996, Essen 1997, S. 391–392; Klaus Tenfelde, Schmelztiegel Ruhrgebiet? Polnische und türkische Arbeiter im Bergbau. Integration und Assimilation in der montanindustriellen Erwerbsgesellschaft, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen (2006), H. 36, S. 20–21. Vgl. Nonn, Migrationsgeschichte (wie Anm. 7), S. 119.

23 Vgl. Kommunalplan für ausländische Mitbürger (wie Anm. 18).

deutsche Staatsbürgerschaft (10 Prozent). Darunter befanden sich 19.709 Türken, 1.266 Spanier, 1.152 Polen, 1.928 Jugoslawen, 1.723 Italiener, 419 Griechen und 2.926 Menschen aus anderen Staaten.²⁴ Dieser Anteil der ausländischen Bevölkerung in Gelsenkirchen war acht Jahre zuvor ziemlich zutreffend von den Stadtplanern prognostiziert worden, die vor allem mit einer steigenden Zahl von Kindern und Jugendlichen, also einer zweiten „Gastarbeitergeneration“, gerechnet hatten.²⁵ Von einer Beschulung mit Inhalten zur Vorbereitung auf eine Rückkehr in die alte Heimat der Eltern rückte man aber zunächst bestenfalls langsam ab.

Ende der 1990er Jahre lebten in Gelsenkirchen bei einer Einwohnerzahl von etwa 290.000 knapp 40.000 Menschen ohne deutschen Pass (knapp 14 Prozent).²⁶ Aufgrund der Familienstrukturen der nach Gelsenkirchen zugewanderten, meist jüngeren Menschen war der Gelsenkirchener Bevölkerungsteil ohne deutschen Pass durch größere „Jugendlichkeit“ geprägt, so dass in den jüngeren Jahrgängen höhere Anteile von Menschen ohne deutschen Pass zu finden waren. Der Anteil von Menschen in Gelsenkirchen ohne deutsche Staatsangehörigkeit stieg somit vor allem aufgrund der demographischen Strukturen, aber auch wegen des Wegzugs von Einheimischen, verursacht durch den Strukturwandel.²⁷

Eine Generation später hatte sich die Zusammensetzung erneut deutlich verändert. Nach der Reform des Staatsbürgerrechts verfügten am Jahresende 2016 bei insgesamt 265.435 Gelsenkirchenerinnen und Gelsenkirchenern 213.758 (80,5 Prozent) über die deutsche Staatsangehörigkeit und 52.677 (19,5 Prozent) über eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit. Dazu hatten noch 31.275 Menschen in Gelsenkirchen (14,4 Prozent) einen zweiten, nichtdeutschen Pass. Insgesamt hatte also ein gutes Drittel der Stadtbevölkerung eine Migrationsgeschichte und damit auch spezifische lebensgeschichtliche Erfahrungen. Unberücksichtigt sind

24 Daten der Statistikstelle der Stadt Gelsenkirchen.

25 In Stadt Gelsenkirchen, Entwicklung des Ausländeranteils an der Gesamtbevölkerung in Gelsenkirchen, Gelsenkirchen 1978 war schon auf die Notwendigkeit eines möglichst frühzeitigen Spracherwerbs hingewiesen worden. So sollte für den Besuch von Kindertagesstätten geworben werden, und der damaligen Zeit entsprechend wollte man insbesondere die Kinder und Jugendlichen, die nicht schon länger in Gelsenkirchen lebten, in gesonderten Schulklassen unterbringen, um durch eine spezielle Bildung zu verhindern, dass diese ausländischen Jugendlichen keine Chance bei der Vergabe von Ausbildungs- oder Arbeitsplätzen hatten.

26 Das entsprach durchaus den Schätzungen im Kommunalplan für ausländische Mitbürger (wie Anm. 18).

27 Schon in der Prognose von 1979. Kommunalplan für ausländische Mitbürger (wie Anm. 18).

Tab. 1: Gelsenkirchen am 31. Dezember 2016: 1. Staatsangehörigkeit bzw. Herkunftsländer der Bevölkerung (nur größere Gruppen der insgesamt 144 Nationen bei 265.435 Einwohnern)²⁸

Afghanistan	394	Pakistan	160
Albanien	394	Polen	4.320
Bosnien und Herzegowina	1.020	Portugal	375
Bulgarien	2.112	Rumänien	4.168
China, Volksrepublik	175	Russische Föderation	352
Griechenland	529	Serbien	2.428
Irak	1.061	Serbien und Montenegro	106
Iran, Islamische Republik	141	Spanien	746
Italien	1.755	staatenlos	108
Kasachstan	118	Syrien, Arabische Republik	5.157
Kosovo	1.150	Thailand	162
Kroatien	1.120	Tunesien	178
Libanon	571	Türkei	17.236
Makedonien / Mazedonien	607	Ukraine	380
Marokko	466	Ungarn	284
Niederlande	350	ungeklärt	506
Österreich	186	EU-Staaten insgesamt	16.683

dabei Gelsenkirchenerinnen und Gelsenkirchener, die trotz Zuwanderungsgeschichte nur noch eine bundesdeutsche Staatsbürgerschaft hatten, wie Spätaussiedler, ehemalige DDR-Bürgerinnen und -Bürger mit ihren spezifischen Erfahrungen, Kontingentflüchtlinge oder politische Flüchtlinge und Eingebürgerte, die ihre alte Staatsbürgerschaft verloren oder auf sie verzichtet hatten, sowie „Optionskinder“ ausländischer Eltern, die nach dem Staatsbürgerrecht aus dem Jahr 2000 (bis zur Abschaffung der Optionspflicht 2014) mit der Geburt in der Bundesrepublik die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten hatten.²⁹

28 Daten der Statistikstelle der Stadt Gelsenkirchen, <<https://www.gelsenkirchen.de/de/stadtprofil/stadtfakten/statistiken/index.aspx>> und <<https://opendata.gelsenkirchen.de/>> (08.10.2017).

29 Ebd.

4. Migrationserfahrungen in der Stadtgesellschaft

Die Zusammensetzung der Gelsenkirchener Bevölkerung und die in ihr vorfindbaren Migrationserfahrungen und -geschichten sind das Ergebnis sehr verschiedener Entwicklungen. Im Folgenden seien hier die Eckdaten für die türkischen „Gastarbeiter“ sowie für weitere Migrantengruppen aus (Süd-) Osteuropa, dem Gebiet der ehemaligen DDR und dem Nahen Osten nachgezeichnet.

Durch den Familiennachzug seit dem „Gastarbeiter“-Anwerbestopp von 1973 und durch die in der Bundesrepublik geborenen Kinder türkischer Familien stieg zwischen 1970 und 1983 die Zahl der Türken z.B. in Gelsenkirchen von 5.836 auf 24.955.³⁰ Die zugewanderten „Gastarbeiter“ und dann auch deren Söhne arbeiteten vor allem in der Montanindustrie des Ruhrgebiets: 1982 betrug der Ausländeranteil an den Beschäftigten der Ruhrkohle AG 16,8 Prozent, 1989 dann 18,2 Prozent, unter Tage 1982 25,1 Prozent und 1989 26,2 Prozent und bei der Kohlegewinnung vor Ort sogar etwa 50 Prozent.³¹

Mit dem Anwerbestopp von 1973 aufgrund der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung und ansteigender Arbeitslosenzahlen sowie durch zahlreiche weitere Maßnahmen zur Begrenzung der Zuwanderung änderte sich aber gerade für die aus der Türkei stammenden Arbeitskräfte die Situation. Etwa 40 Prozent der türkischen Zuwanderer blieben bis zur Rückkehrförderung von 1983 in der Bundesrepublik, während aus den anderen Anwerbestaaten in der gleichen Zeit nur 10 bis 25 Prozent blieben. Von den zwischen 1961 und 1983 als Arbeitnehmer oder Familienangehörige aus der Türkei nach Deutschland gekommenen oder in der Bundesrepublik als Kinder türkischer Eltern geborenen Menschen ging etwa die Hälfte bis 1984 in die Türkei zurück.³² Ein Teil nutzte das Programm zur

30 Erfahrungen, in: Eryilmaz/Jamin, *Fremde Heimat* (wie Anm. 8); Aytaç Eryilmaz/Cordula Lissner (Hg.), *Geteilte Heimat. 50 Jahre Migration aus der Türkei*, Essen 2011.

31 Hartmut Volkmann, *Lebensraum Ruhrgebiet, Entwicklung und Umgestaltung eines Industriegebietes*, Braunschweig 1991, S. 25; Karl Lauschke, *Schwarze Fahnen an der Ruhr. Die Politik der IG Bergbau und Energie während der Kohlekrise 1958–1968*, Marburg 1984, S. 47–51, 83–99; Valentina Maria Stefanski, *Art. Ausländische Arbeitnehmer*, in: Anselm Faust, *Nordrhein-Westfalen, Landesgeschichte im Lexikon*, Düsseldorf 1993, S. 23; Klaus Stockhaus, *Die Belegschaft der Ruhrkohle AG*, in: Lothar F. Neumann (Hg.), *Die Ruhrkohle AG. Sozialökonomische Unternehmensbiographie eines Konzerns*, Bochum 1987, S. 58–60; Vgl. Hunn, *Jahr* (wie Anm. 8), S. 218–222.

32 Jamin, *Heimat* (wie Anm. 8), S. 156–157.

Rückkehrförderung von 1983.³³ Die Gründe für diese geringe Rückkehrquote lagen in der wirtschaftlich weiterhin schwierigen Situation der Türkei, während in den anderen Anwerbestaaten die Wirtschaft nun florierte. Hinzu kam, dass viele Arbeitsmigranten aus anderen Herkunftsländern nach längerem Aufenthalt als „Gastarbeiter“ ihre Sparziele schon erreicht hatten, die türkischen Arbeitsmigranten aufgrund des späteren Anwerbezeitpunkts aber noch nicht so weit waren. Auch die politisch instabile Situation in der Türkei verhinderte vielfach eine Rückkehr.³⁴ Zahlreiche türkische Arbeitnehmer entwickelten nun Perspektiven für einen längeren Aufenthalt in der Bundesrepublik. So wurden die 1970er Jahre das Jahrzehnt des Familiennachzugs. Während 1970 im Bergbau noch 72 Prozent der türkischen Arbeitnehmer in Wohnheimen lebten, waren es Ende der 1970er Jahre nur noch 17 Prozent. 47 Prozent wohnten nun in Werkswohnungen und 23 Prozent in anderen Fremdwohnungen. Mit dem Auszug aus den Wohnheimen kam es zu einer segregierten Wohnweise in den Ruhrgebietsstädten und in den Stadtteilen.³⁵

Durch den Familiennachzug überschritt die Zahl der türkischen Migranten 1995 die Zwei-Millionen-Grenze.³⁶ Bei den sogenannten Gastarbeitern dauerte es einige Zeit, bis sie sich über ihre Einwanderersituation wirklich bewusst wurden. Nachdem schließlich aus unterschiedlichen Gründen die ursprüngliche Lebensplanung, in die Türkei zurückzukehren, aufgegeben wurde, entscheiden sich nun viele für einen endgültigen Verbleib in der Bundesrepublik.³⁷ 1997 waren 46 Prozent der Ausländer im Gebiet des Regionalverbandes Ruhr (RVR) Türken.³⁸

Eine weitere relativ große Gruppe, die vielfach trotz deutschem Pass als „Ausländer“ wahrgenommen wird, sind die sogenannten Spätaussiedler, die als Nachfahren deutscher Familien aus mittelalterlicher Zeit aus Osteuropa in die Bundesrepublik kamen, und dies zum Teil in Begleitung nicht-deutschstämmi-

33 Hunn, Deutschlandfieber (wie Anm. 8), S. 73–88; Hunn, Jahr (wie Anm. 8), S. 451–453, 470–491.

34 Hunn, Deutschlandfieber (wie Anm. 8), S. 84–85; Hunn, Jahr (wie Anm. 8), S. 328–338; Mathilde Jamin, Die deutsche Anwerbung. Organisation und Größenordnung, in: Eryilmaz/Jamin, Fremde Heimat (wie Anm. 8), S. 149–170; Jamin, Heimat (wie Anm. 8), S. 162–163.

35 Hunn, Jahr (wie Anm. 8), 2005, S. 234–235; Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001, S. 234–235; Tenfelde, Schmelztiegel (wie Anm. 22), S. 20.

36 Faruk Sen, Die Situation der türkischen Migranten heute, in: Eryilmaz/Jamin, Fremde Heimat (wie Anm. 8), S. 369–370.

37 Ebd., S. 380–382.

38 Berechnet nach Angaben des RVR und des Landesamts für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen.

ger Verwandter. Wie bei Menschen anderer Nationalität brachten auch diese zugezogenen Menschen andere Lebens- und Verhaltensweisen mit ins Ruhrgebiet. Ab Mitte der 1980er Jahre kamen etwa 1 Million Menschen aus Osteuropa nach Nordrhein-Westfalen, bundesweit waren es bis 2014 mehr als 3 Millionen (Spät-)Aussiedler. Aufgrund der verschärften Bedingungen ist die Zuwanderung von Spätaussiedlern gegenwärtig weitgehend beendet.³⁹

Nach der Öffnung der Grenzen zwischen Ost und West setzte neben der Zuwanderung aus den osteuropäischen Staaten wie Russland und Polen ein erheblicher Zuzug aus den neuen Bundesländern auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ein. Aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion kamen ebenso etwa 200.000 Menschen als jüdische Kontingentflüchtlinge in die Bundesrepublik,⁴⁰ nach Gelsenkirchen jedoch nur einige Hundert. Seit der 2011 eingetretenen vollen Freizügigkeit in Europa migrierten dann aus den 2004 aufgenommenen EU-Neu-Mitgliedern Südosteuropas, insbesondere aus Bulgarien und Rumänien, zahlreiche Menschen in die Bundesrepublik, darunter viele Roma-Familien. Sie zogen insbesondere in die Gegenden des Ruhrgebiets, in denen die Mieten günstig waren, vielfach auch in Gebiete mit Wohnungsleerständen. Hier wie dann auch bei Zuwanderern aus Afrika und Asien zeigen sich deutlich die Folgen des Wohlstandsgefälles zwischen Europa und anderen Teilen der Welt.⁴¹

Es kamen jedoch seit den 1970er Jahren immer wieder auch zahlreiche Menschen aus nicht-europäischen Staaten als politisch oder auch aus anderen Gründen Verfolgte in die Bundesrepublik, z.B. nach dem Putsch in Chile von 1973, aus Franco-Spanien oder auch nach dem Militärputsch in der Türkei von 1980. Mit dem Zusammenbruch des sogenannten Ostblocks und den folgenden vielfach blutigen Auseinandersetzungen mussten dann weitere Menschen auch in Europa aus ihrer Heimat fliehen und in der EU Asyl suchen. Gerade die Bundesrepublik und besonders die Ruhrgebietsstädte standen durch den Zerfall des blockfreien Jugoslawiens, die Jugoslawienkriege und den daraus resultierenden großen Zustrom von Bürgerkriegsflüchtlingen zunächst vor großen Anforderungen (Slowenienkrieg 1991, Kroatienkrieg 1991–1995, Bosnienkrieg(e) 1992–

39 Oltmer, Migration (wie Anm. 10), S. 65–66. auch zu den Regelungen; Barbara Dietz, Die Bundesrepublik Deutschland im Fokus neuer Ost-West-Wanderungen, in: Oltmer, Handbuch (wie Anm. 7), S. 999–1019, hier S. 1000–1001, 1004–1005.

40 Dietz, Bundesrepublik (wie Anm. 39), S. 999–1019, hier S. 1006–1008.

41 Vgl. Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.), Immer bunter. Einwanderungsland Deutschland. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Mainz 2014, S. 156–157.

1995, Kosovokrieg 1999, albanischen-mazedonischer Konflikt 2001).⁴² Nach der Verschärfung des Asylrechts wurden Bürgerkriegsflüchtlinge aus Jugoslawien, insbesondere die Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina, nicht zum Asylverfahren zugelassen und erhielten nur einen prekären Aufenthaltsstatus. Mit dem Ende des Krieges nahmen dann der Druck zur freiwilligen Rückkehr und auch die Drohung mit Abschiebungen zu. Von den 1997 in der Bundesrepublik lebenden etwa 340.000 Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina hatten bis 2003 etwa 90 Prozent die Bundesrepublik wieder verlassen.⁴³

Flüchtlinge kamen auch aus den Nahen Osten, wo zahlreiche Konflikte Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat veranlassten. Zunehmend erreichten Europa auch Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak, Afghanistan und anderen afrikanischen Staaten mit einem Höhepunkt in den Jahren 2015/2016, als die Bundesrepublik hunderttausende Geflohene aufnahm.⁴⁴ So spielten in jüngerer Zeit immer mehr auch Flüchtlingsströme eine Rolle für die Strukturen der Gelsenkirchener Bevölkerung. In Gelsenkirchen leben vielfach differenzierte Gruppen von Migranten mit unterschiedlichem Rechtsstatus, darunter viele Flüchtlinge, über deren weiteren Status in der Bundesrepublik im Rahmen der oft mehrjährigen Asylverfahren noch nicht endgültig entschieden wurde. Zwischen 1990 und 2016 wurden etwa 4,4 Mio. Asylanträge gestellt, davon 476.649 im Jahr 2015 und 745.545 im Jahr 2016.⁴⁵

Neben den genannten Zuwanderungsbewegungen bestehen innerhalb der Europäischen Union Wanderungsbewegungen vor allem auch mit westeuropäischen Staaten im Kontext der fortschreitenden Integration und der wirtschaftlichen Vernetzungen. Dies betrifft Arbeitskräfte, aber auch beispielsweise ausländische Studierende an deutschen Universitäten. Wohl nicht zu unterschätzen ist auch den Anteil von Studierenden aus Deutschland, die zeitweise im Ausland

42 Dietz, Bundesrepublik (wie Anm. 39), S. 999–1019, hier S. 1004–1005.

43 Oltmer, Migration (wie Anm. 10), S. 71.

44 Hier ist nicht der Ort, die Zahlen der Flüchtlinge, die Asylpolitik und den Umgang mit den geflohenen Menschen zu diskutieren, hier geht es vorrangig um die Strukturen der Gelsenkirchener Stadtgesellschaft in der Folge von Wanderungsbewegungen.

45 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.), Aktuelle Zahlen zu Asyl, Ausgabe: Dezember 2016: Tabellen, Diagramme, Erläuterungen, Nürnberg 2017. Die Zahl der (vorübergehend geduldeten) Flüchtlinge beispielsweise aus Bürgerkriegsgebieten, die nur vorübergehend in der Bundesrepublik bleiben, ist allerdings wesentlich höher. Nach Herbert, Ausländerpolitik (wie Anm. 35), S. 288–289, lebten 1993 1,9 Mio. Flüchtlinge unterschiedlicher Kategorien in der Bundesrepublik, 1998 waren es etwa 1,1 Mio. Menschen. Schließlich dürfte es auch in der Bundesrepublik eine illegale Einwanderung geben, die sich natürlich schwer quantifizieren lässt. Dietz, Bundesrepublik (wie Anm. 39), S. 999–1019, hier S. 1016.

studieren und von diesen Studienaufenthalten bei ihrer Rückkehr neue Erfahrungen in die Heimatgesellschaft einbringen. Ähnliches dürfte für Arbeitnehmer gelten, die für internationale Unternehmen zeitweise im Ausland arbeiten.

Nachdem Gelsenkirchen seit dem Beginn des Strukturwandels im Ruhrgebiet Ende der 1950er Jahre fast ständig geschrumpft war und auch in den 2000er Jahren aufgrund der demographischen Struktur eine Fortführung dieses Trends erwartete,⁴⁶ stieg mit der Zuwanderung aus Osteuropa und der Zuwanderung von Flüchtlingen die Bevölkerungszahl bei gleichzeitiger Zunahme des Anteils von Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit.

5. Schmelztiegel?

Das Image und Selbstbild des Ruhrgebiets der Gegenwart als „Schmelztiegel“ beruht auf einer angenommenen historischen Integrationsleistung einer Agglomeration, die in einer fast menschenleeren Gegend in der Hauptsache durch Industrialisierung und massenhafte Zuwanderung wuchs. Das entstehende Ruhrgebiet war bis zum Ersten Weltkrieg Preußens „Wilder Westen“. Fremdsein war bis zum Ersten Weltkrieg bestimmend für die ganze Region.⁴⁷ Als regionale Gesellschaft, die durch Zuwanderung aus verschiedensten Gegenden und von unterschiedlichsten Menschen entstand, war sie 1914 noch keine Gesellschaft im Sinne einer auch nur annähernd vorhandenen Einheit. Die Einwohner des Ruhrgebiets waren eine Ansammlung nur lose über die Arbeit im montanindustriell geprägten Raum miteinander verbundener Teilkulturen. Die Einwohnerschaft war mehrfach und komplex gespalten: Einheimische und Zuwanderer, Katholiken und Protestanten, Zuwanderer aus den Ostprovinzen und Zuwanderer aus anderen Gegenden Deutschlands, Zuwanderer aus Nordostdeutschland mit ihrer Spaltung in Polen und Masuren, Nationalbewusste und Integrationswillige, Zechenherren, Schlotbarone und ihre Generaldirektoren, Bauern und Industrielle, Kapitalisten und Arbeiter, ver-

46 Z.B. Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung der Ruhr-Universität Bochum, Familienbericht Gelsenkirchen 2006. Lebenslage und Zufriedenheit von Familien, Bochum 2006, S. 28–43. Einen kurzfristigen und vorübergehenden Anstieg der Bevölkerung gab es in der Folge des Zusammenbruchs der DDR und des Anschlusses der neuen Länder an die alte Bundesrepublik. Vgl. noch Stadt Gelsenkirchen (Hg.), Lernen ist Zukunft – Bildungsbiographien gemeinsam gestalten. 1. Gelsenkirchener Bildungsbericht 2011: Analysen, Trends, Weiterentwicklung, Gelsenkirchen 2011, S. 20–22.

47 Petzina, Erfahrung (wie Anm. 1), S. 44.

schiedene Parteien, Junge und Alte, Bergarbeiter und Eisen- und Stahlarbeiter. Dazu kamen räumliche Trennungen zwischen den industriellen Siedlungen und den Stadtkernen und die fehlende Verbindung zwischen den Siedlungen. Die kommunale Gliederung des Raumes trennte die Teilgesellschaften um ein Weiteres und wurde in kurzen zeitlichen Abständen immer wieder verändert – wie konnte man da schon „heimisch“ werden? Dazu kam mangelnde Leistungsfähigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften. Die große betriebliche und innerregionale Fluktuation ließ zusätzlich keine Bindungen entstehen. Eine „innere Regionsbildung“ fand daher bis zum Ersten Weltkrieg nicht statt. Zu konstatieren ist aber, dass die vielen Zuwanderer, die alle ihre jeweils eigene ethnisch-kulturelle, meist ländlich geprägte Vergangenheit hatten, diese Vergangenheit überraschend schnell ablegten. In der so gänzlich anderen Welt des Ruhrgebiets verloren Vorstellungswelten aus der Herkunftsregion relativ rasch ihre Wirkmächtigkeit. Fehlende Gedächtnisstützen, mangelnde Lesefähigkeit und -bereitschaft, fehlende kulturelle Zuwendung seitens der Umgebung, angesichts der Schwierigkeiten täglicher Lebensbewältigung fehlende Zeit zur Selbstreflexion und auch sprachliche Probleme schufen ein „geschichtsloses Proletariat“, dessen neue Ruhr-Identität erst wachsen musste.⁴⁸ Eine Selbstwahrnehmung als Ruhrgebiet und spezifische regionale Gesellschaft mit eigener Prägung und eigenen Interessen begann überwiegend erst in den 1920er Jahren. Ein tatsächliches regionales Selbstbewusstsein entstand wohl erst im Strukturwandel seit den 1960er Jahren, als die regionale Besonderheit gegenüber anderen Regionen deutlich wurde.⁴⁹

In der Zeit nach der Befreiung vom Nationalsozialismus nahm das Ruhrgebiet relativ „geräuschlos“ zahlreiche Flüchtlinge auf und auch die Arbeit der „Gastarbeiter“ schien sehr lange relativ problemlos, was das Bild vom Schmelztiegel verstärkte. Dabei gestanden sich die Gesellschaft der Bundesrepublik, die des Ruhrgebiets und auch viele „Gastarbeiter“ mit ihren Familien, die faktisch längst zu Einwanderern geworden waren, lange nicht die mit der Zuwanderung verbundenen Notwendigkeiten einer Diskussion über Grundprinzipien des Zusammenlebens, über Integrationspolitik und über die Tatsache, dass die Bundesrepublik zum Einwanderungsland geworden war, ein.⁵⁰ In verschiede-

48 Vgl. Klaus Tenfelde, *Geschichtskultur im Ruhrgebiet*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 47 (1996), S. 244–245.

49 Stefan Goch, „Der Ruhrgebietler“ – Überlegungen zur Entstehung und Entwicklung regionalen Bewusstseins im Ruhrgebiet, in: *Westfälische Forschungen* 47 (1997), S. 585–620 mit weiteren Hinweisen.

50 Z.B. Marcel Berlinghoff, *Die Bundesrepublik und die Europäisierung der Mi-*

nen Zwischenschritten und ungleichzeitig in den verschiedenen politischen Lagern und Milieus erfolgte eine Anerkennung der Migrationsgeschichte und der Bundesrepublik als Einwanderungsland mit einer Einsicht in die Notwendigkeit von Integrationspolitik. Indem die im Grundgesetz angenommene Vorläufigkeit der Bundesrepublik mit dem Anschluss der neuen Länder auf dem Gebiet der untergegangenen DDR und der Anerkennung der nach der Befreiung vom Nationalsozialismus entstandenen Grenzen in Europa beendet war, musste auch eine Überarbeitung der Regelungen zur Zugehörigkeit zur bundesrepublikanischen Gesellschaft erfolgen. Mit dem Ausländergesetz von 1991, dem „Asylkompromiss“ von 1993, dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz von 1993, dann dem Staatsangehörigkeitsgesetz von 2000 mit dem Geburtsrecht an der Stelle von Abstammungs- und Herkunftsrecht und dem Zuwanderungsgesetz von 2005 sowie den damit verbundenen Korrekturen, Neuregelungen und integrationspolitischen Maßnahmen hat sich die Bundesrepublik in ihrer Einwanderungspolitik dem keineswegs konfliktfreien Mainstream der westeuropäischen Staaten angeschlossen.⁵¹

6. Kulturelle Differenzierung

Mit der Anwerbung von Arbeitskräften aus der Türkei, Marokko, Tunesien und auch aus Jugoslawien kamen zahlreiche Muslime ins Ruhrgebiet. Vor allem mit der türkischen Zuwanderung stieg die Zahl der Menschen mit islamischer Religion und starken eigenen ethnischen Prägungen in die Region, und zwar in so großer Zahl, dass sich eigenethnische Strukturen und spezielle türkische Zuwanderermilieus herausbilden konnten. Zunächst wurde die islamische Religion in der deutschen Öffentlichkeit nicht negativ bewertet, aus dem katholischen Milieu gab es sogar lobende Stimmen zur Religiosität der Zuwanderer, die ganz im Gegensatz zur zunehmenden Säkularisierung der deutschen Bevölkerung stand.⁵² Während der Anteil der moslemischen Bevölkerung anstieg, ging die Bedeutung der christlichen Kirchen zurück, nurmehr 57,3 Prozent der Gelsen-

grationspolitik seit den späten 1960er Jahren, in: Oltmer, Handbuch (wie Anm. 7), S. 931–966, bes. S. 950–958.

51 Holger Kolb, Migrationsverhältnisse, nationale Souveränität und europäische Integration: Deutschland zwischen Normalisierung und Europäisierung, in: Oltmer, Handbuch (wie Anm. 7), S. 1021–1040. Vgl. Herbert, Ausländerpolitik (wie Anm. 35), 2001, S. 332–334.

52 Hunn, Jahr (wie Anm. 8), S. 138–139.

kirchenerinnen und Gelsenkirchenern sind in der Gegenwart bei einer der beiden großen christlichen Kirchen registriert.⁵³

Während wohl zunächst die Großbetriebe der Region Kristallisationsorte erster Vergemeinschaftungen oft in Form türkischer Arbeitervereine mit mehr oder weniger großer Nähe zu gewerkschaftlichen oder politischen Bestrebungen waren, entwickelten sich begünstigt durch Familiennachzug und weltweit agierende Strömungen des Islam unterschiedliche islamische Religionskulturen, die gegenwärtig um verschiedene Kulturvereine bestehen und gestärkt durch Segregation in den Ruhrgebietsstädten eigene Teilmilieus herausbilden.⁵⁴ Nachdem Arbeitervereine und auch gewerkschaftliche Aktivitäten nicht mehr wie in der ersten Generation der Zuwanderer die Menschen zusammenführen können, hat sich ein Netz unterschiedlicher Kulturvereine gebildet. Der vor allem von türkischstämmigen Zuwanderern geprägte Islam organisiert sich in Gelsenkirchen um die vom türkischen Staat gesteuerte Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB), die etwa die Hälfte der türkischen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen trägt, den eher zentralistischen Verband der Islamischen Kulturzentren (ViKZ), die an einer stärkeren Durchsetzung islamischer Grundsätze in Politik und Gesellschaft orientierte islamische Gemeinschaft Milli Görüs und die muslimisch-konservative und gleichzeitig ökonomisch und sozial weltoffene Gülen-Bewegung.⁵⁵ Dabei sind 86 Prozent der Muslime in Nordrhein-Westfalen

53 Am 31. Dezember 2016: 69.640 Protestanten und 82.610 Katholiken bei 265.435 Menschen aus 144 Nationen = 57,3 Prozent Christen nach Angaben der Statistikstelle der Stadt Gelsenkirchen. Vgl. Klaus Tenfelde, Religion und Religiosität der Arbeiter im Ruhrgebiet, in: Thomas Schilp/Barbara Elzel (Hg.), *Mittelalter und Industrialisierung. St. Urbanus in Huckarde, Bielefeld 2009*, S. 189–190; Vera Bücker/Peter Noss, Glauben und Glaubensgemeinschaften im Ruhrgebiet, in: Achim Prosek/Helmut Schneider/Horst A. Wessel/Burkhard Wetterau/Dorothea Wiktorin (Hg.), *Atlas der Metropole Ruhr, Vielfalt und Wandel des Ruhrgebiets im Kartenbild, Köln 2009*, S. 168–171, hier S. 171; Volkhard Krech, *Kleine Religionsgemeinschaften in Deutschland. Eine religionssoziologische Bestandaufnahme*, in: Hartmut Lehmann (Hg.), *Religiöser Pluralismus im vereinten Europa. Freikirchen und Sekten, Göttingen 2005*, S. 123.

54 Faruk Sen, *Migrantenselbstorganisationen. Schonräume oder Mobilitätsfallen*, in: Stefan Goch/Karsten Rudolph (Hg.), *Wandel hat eine Heimat. Nordrhein-Westfalen in Geschichte und Gegenwart, Oberhausen 2009*, S. 290–306, S. 173.

55 Hunn, *Jahr* (wie Anm. 8), S. 423–446; Raida Chbib, *Heimisch werden in Deutschland: Die religiöse Landschaft der Muslime im Wandel*, in: Markus Hero/Volkhard Krech/Helmut Zander (Hg.), *Religiöse Vielfalt in Nordrhein-Westfalen. Empirische Befunde und Perspektiven der Globalisierung vor Ort, Paderborn 2007*, S. 126–127, 132–134; Erich Geldbach/Peter Noss (Hg.), *Vielfalt und Wandel. Lexikon der Religionsgemeinschaften im Ruhrgebiet, Essen 2009*, S. 459–476.

Sunniten, die anderen Schiiten, Aleviten und Angehörige kleinerer Gruppen im differenzierten Islam.

Nachdem zunächst angesichts der Vorstellung, als „Gastarbeiter“ irgendwann in das Herkunftsland zurückzugehen, für die religiösen Aktivitäten nur Provisorien errichtet worden waren, wie Beträume in Hinterhöfen und in alten Betriebshallen, wurden mit der Aufgabe des Rückkehrwunsches bzw. der Vorstellung eines längeren Aufenthaltes in der Bundesrepublik zunehmend auch feste, dauerhaftere Einrichtungen und eben auch Moscheen geschaffen. Mit Hilfe der türkischen Religionsbehörden konnten dann auch islamische Vorbeter und Lehrer in die Bundesrepublik geholt werden. Die große Mehrheit der Imame in der Bundesrepublik wird aus der Türkei entsandt und ist mit der türkischen Religionsbehörde verbunden, die auch wesentlichen Einfluss auf die Predigten hat. Diese Imame, die vielfach kaum Deutschkenntnisse haben und nur vorübergehend in der Bundesrepublik sind, verbreiten entsprechend auch türkischen Nationalismus. Damit ist dieser 1984 zwischen der Bundesregierung und der damaligen türkischen Militärregierung vereinbarte Einfluss des türkisch geprägten Islam eher separierend ausgerichtet.⁵⁶

In Gelsenkirchen bestehen in der Gegenwart über 20 islamische Moscheen und rund 30 Gemeindezentren. Obwohl viele der Zuwanderer türkischer Herkunft dauerhaft in der Ruhrgebietsgesellschaft angekommen sind, bleiben sie über diese Einrichtungen der türkischen politischen Kultur und damit deren Teilkulturen, Richtungen, Bewegungen und Organisationen verbunden. Die Gemeinschaften sind Teil der Einwanderergesellschaft und bieten gleichzeitig auch Raum für die Entstehung von mehr oder weniger abgegrenzten ethnischen Milieus innerhalb der Zuwanderergesellschaft.⁵⁷ Diese Milieus bilden dann oft auch angesichts der schwierigen sozialen Lage vieler Zuwandererfamilien mit Hilfe der bestehenden festeren Familienbanden Selbsthilfestrukturen und eine eigene Ökonomie heraus, die die ethnische Segregation begünstigen.⁵⁸ So erfolgt Segregation in der Zuwanderergesellschaft vielfach um die Religion als „den tra-

56 Zu zunehmenden religiösen Konflikten siehe Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Immer bunter (wie Anm. 41), S. 162–177 zum Islam und den damit verbundenen Überzeugungen.

57 Vgl. Volkhard Krech, Religion und Zuwanderung: Die politische Dimension religiöser Vielfalt, in: Hero/Krech/Zander, Vielfalt (wie Anm. 55), S. 190–203.

58 Zur Segregation infolge der Erhaltung oder Herausbildung von Netzwerken aus familiären Zusammenhängen oder Bekanntschaften: Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung der Ruhr-Universität Bochum, Familienbericht (wie Anm. 46), S. 15.

ditionellen Rettungsanker“.⁵⁹ Ende der 1990er Jahre war in Nordrhein-Westfalen die überwiegende Mehrheit der Organisationen der türkischen Einwanderer religiös orientiert, es gab etwa doppelt so viele Moscheevereine wie türkisch dominierte Sportvereine.

Aber auch unter den vermeintlich einheitlichen Zuwanderergruppen erzeugen Differenzierungen erhebliche Konflikte, z.B. ethnische Konflikte zwischen Türken und Kurden und auch anderen Minderheiten, religiöse Konflikte zwischen den verschiedenen Richtungen des Islam, aber auch zwischen Aleviten oder an Atatürk orientierten Laizisten, oder auch politische Konflikte, orientiert an den übergreifenden Richtungen und an den türkischen Parteien.

An den jüngsten Auseinandersetzungen um den Putsch in der Türkei und die vom Präsidenten Erdoğan vorangetriebene Entdemokratisierung der türkischen Republik unter Zuwanderern aus der Türkei und der dabei sichtbar werdenden Identifikation mit Entwicklungen im Herkunftsland zeigt sich auch jenseits einer formellen Selbstorganisation eine Entwicklung zu transnationalen Identitäten. Vor allem moderne Kommunikationstechnologien wie auch schnelle Verkehrsverbindungen ermöglichen vielen Zuwanderern das Leben in zwei Welten. So bestehen gleichzeitig enge Verbindungen zum türkischen Herkunftsgebiet, zu dortigen Personen, Netzwerken und Entwicklungen sowie zum deutschen Anwesenheitsgebiet mit seiner alltäglichen Realität.⁶⁰

Dabei ist festzustellen, dass sich vielfach mit religiösen Orientierungen verbundene kulturelle Unterschiede zwischen Zuwanderern und Einheimischen über die Generationen langsam abgeschliffen haben. Insbesondere betrifft das die Veränderung von Geschlechterrollen. Vor allem nahm die Zahl der Kinder pro Familie auch in den Zuwandererfamilien im Zeitverlauf deutlich ab und ein immer größerer Anteil der Frauen wurde berufstätig, womit sich der Anteil berufstätiger Frauen unter den Zuwanderern zumindest dem Anteil berufstätiger Frauen unter den Einheimischen langsam annäherte. Eine gleich hohe Quote wurde aber noch längst nicht erreicht.⁶¹ Insgesamt stiegen auch die sozialen Kontakte zwischen den Zugewanderten und der einheimischen Bevölkerung seit den 1970er Jahren stetig. Die Sprachfähigkeit nahm zu, Berührungspunkte nahmen langsam ab. Auch die Zahl binationaler Ehen stieg an.

59 Tenfelde, Religion (wie Anm. 53), 2009, S. 173.

60 Vgl. Sylvia Hahn, Historische Migrationsforschung, Frankfurt a.M. 2012, S. 35.

61 Christoph Nonn, Die Integration von „Gastarbeitern“ in Nordrhein-Westfalen. Eine historische Perspektive, in: Geschichte im Westen 28 (2013), S. 187–189.

7. Kommunale Integrationspolitik

Nach den Planungen aus den späten 1970er Jahren dauerte es in Gelsenkirchen jenseits zahlreicher Einzelmaßnahmen ungefähr 20 Jahre, bis erneut vor dem Hintergrund der übergreifenden Diskussionen der Bundesrepublik ein städtisches Integrationskonzept erarbeitet und beschlossen wurde. Nach einem Ratsbeschluss vom 28. Juni 2001 setzten sich Vertreter der Stadtverordnetenversammlung und der zentralen städtischen Einrichtungen, die mit Fragen der Integration befasst waren, zusammen, um ein Integrationskonzept zu entwickeln, das 2005 fertiggestellt war. Kennzeichnend für dieses Integrationskonzept war vor allem der lange Diskussionsprozess mit einer Mitarbeiterbefragung, Arbeitsgruppen und einer Fachkonferenz. In diesem Prozess entstand ein Netzwerk von Akteuren, die an der Integration der ausländischen Menschen in die Gelsenkirchener Stadtgesellschaft mitwirken wollten. Erneut wurde im Sinne eines Sozialberichtes die Situation der Zuwanderer beschrieben. Bei den Maßnahmen wurde wiederum besonders die Notwendigkeit einer entsprechenden Bildungspolitik betont, und als zentrales Ziel des städtischen Integrationskonzeptes eindeutig die kulturelle Vielfalt der Gelsenkirchener Stadtgesellschaft formuliert. Damit ging es also nicht um Anpassung, sondern um eine Toleranz gegenüber unterschiedlichen kulturellen Traditionen und um ein friedliches Zusammenleben. Für die unterschiedlichen Handlungsfelder der Kommune wurden konkrete Maßnahmen erarbeitet.⁶² Zum Integrationskonzept von 2005 gehörte darüber hinaus auch ein „Gesamtkonzept zur interkulturellen Erziehung und Bildung im Elementar- und Primarbereich für die Stadt Gelsenkirchen“. Hier wurde eine interkulturelle Bildung und Erziehung in einer multikulturellen Gesellschaft beschrieben, in der Kinder deutscher und zugewanderte Familien gemeinsam lernen und gleichberechtigt ein aktives Miteinander gestalten sollten. Für eine solche Erziehungs- und Bildungspolitik vor allem auch im Elementarbereich, in dem die Kommune direkte Eingriffsmöglichkeiten hat und Netzwerkarbeit in der Stadtgesellschaft leisten kann, wurden ebenfalls konkrete Maßnahmen und Qualitätsstandards definiert.⁶³

Dem Integrationskonzept folgten zahlreiche weitere Aktivitäten wie die Evaluation der 2005 geplanten Maßnahmen, daraus folgend immer wieder Anpassungen an die Handlungsempfehlungen vor allem im Bildungsbereich, ein Konzept zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung usw. Auf einer Integrationskonferenz im Jahr 2012 wurde dann eine Bilanz der Bemühungen der letzten

62 Kommunalplan für ausländische Mitbürger (wie Anm. 18).

63 Anhang im Kommunalplan für ausländische Mitbürger (wie Anm. 18).

sieben Jahre gezogen und es wurden nächste Schritte für eine Fortschreibung des Gelsenkirchener Integrationskonzeptes diskutiert.⁶⁴

Mit der Beschlussfassung zu einem Teilhabe- und Integrationsgesetz in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2012 wurde die Integrationsarbeit der Kommunen durch die Förderung von kommunalen Integrationszentren auf eine neue Grundlage gestellt. Auch bei der Stadt Gelsenkirchen wurde ein kommunales Integrationszentrum geschaffen, für das nach einem längeren Diskussionsprozess 2015 ein Integrationskonzept vorgelegt wurde. Nunmehr konnte man auf langjährige Erfahrungen zurückgreifen. Allerdings hatten sich die Notwendigkeiten einer zielgenauen Förderpolitik für die Menschen mit Migrationshintergrund nicht grundlegend geändert. Insbesondere ging es weiterhin um Bildungsarbeit, Kindertagesstätten und Schulen, um nach wie vor vorhandene sprachliche Barrieren und insbesondere auch um Probleme von Jugendlichen mit Migrationshintergrund bei der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Nach den fremdenfeindlichen Ausschreitungen und Straftaten der vergangenen Jahre gehörte nun aber auch zum Integrationskonzept die Bekämpfung des Rechtsextremismus, der Ausländerfeindlichkeit und des religiösen Extremismus. Noch vor der starken Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern wurden in dem Integrationskonzept die Probleme mit diesen Zuwanderergruppen wie auch mit den Zuwanderern aus den südosteuropäischen Mitgliedsländern der Europäischen Union thematisiert. Vor allem wurde hier die Notwendigkeit der Beschulung von Kindern und Jugendlichen hervorgehoben. Als zentrale Leitthemen des Integrationskonzeptes wurden genannt: lebenslanges Lernen, Chancengleichheit, interkulturelle Öffnung in allen Lebensbereichen, gesellschaftliche und politische Partizipation, Vernetzung und interkulturelles Miteinander. Für die beiden folgenden Jahre wurden dann im Konzept Dutzende konkrete Maßnahmen genannt, die fast ausschließlich von der kommunalen Verwaltung, vielfach allerdings mit zivilgesellschaftlichen Akteuren gemeinsam angegangen werden sollten.⁶⁵

Speziell für Flüchtlinge hatte es schon 2002 ein „Betreuungskonzept“ der Stadt Gelsenkirchen gegeben, das die Regelungen und Unterstützungsmöglichkeiten für geflohene Menschen zusammenfasste. Ein „Leitfaden zur Unterstützung von Flüchtlingen in Gelsenkirchen“ aus dem Jahr 2015 aktualisierte die Darstellung der Unterstützungsmöglichkeiten und Anlaufstellen für geflohene Menschen.⁶⁶

64 Unterlagen, in: StadtA GE, IB 28.

65 Stadt Gelsenkirchen, Integrationskonzept Zusammenleben: „Integration anders gestalten“, Gelsenkirchen 2015, in: StadtA GE, IB 28.

66 Ebd.

8. Migration, soziale Ungleichheit und sozialräumliche Differenzierung

Die Unterschiede zwischen Einheimischen und Zugewanderten waren und sind vielfach nicht nur Folge kultureller Unterschiede, sondern zahlreiche Unterschiede ergeben sich auch aus der ökonomischen Ungleichheit. Auch aufgrund der insgesamt relativ niedrigen schulischen und beruflichen Qualifikation besetzen Zugewanderte eher schlechter entlohnte Arbeitsplätze und sind damit auch früher und öfter von Arbeitslosigkeit bedroht. Der Unterschiedlichkeit der Arbeitsplätze entsprechend ist auch das Einkommen unterschiedlich hoch und wegen der deutlich geringeren Frauenerwerbstätigkeit auch das Haushaltseinkommen bzw. dann auch das verfügbare Einkommen unter Berücksichtigung der Sozialtransfers. So findet sich unter den Migranten ein wesentlich höherer Anteil von Menschen, die von Armut bedroht sind, oder auch ein sehr hoher Anteil von Kinderarmut. Beide Anteile liegen etwa doppelt so hoch wie bei der einheimischen Bevölkerung.⁶⁷

Bezüglich der sozialen Strukturdaten sind die Menschen mit Migrationsgeschichte zu Teilen als benachteiligt zu bezeichnen. Insbesondere gelingt es nicht, Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien eine ausreichende Bildungsbeteiligung zu verschaffen. Zahlreiche Jugendliche verlassen das Schulsystem ohne Abschluss. Die Bildungsabschüsse sind in der Regel deutlich niedriger als diejenigen der vergleichbaren Altersgenossen mit deutschem Pass. Der Anteil der Abiturienten unter ausländischen Schülerinnen und Schülern ist bis zur Gegenwart nur etwa halb so hoch wie der unter deutschen Schülerinnen und Schülern. Dabei ist der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler sowohl an den Gymnasien als auch an den Gesamtschulen in der Stadt Gelsenkirchen sehr unterschiedlich, worin sich offensichtlich auch Selektionsmechanismen und langfristige Prägungen von Schulen, Lehrerkollektiven, Elternschaft und Schülerschaft niederschlagen.⁶⁸ Und schließlich gelingt es Jugendlichen ausländischer Herkunft nur schwer, einen Ausbildungsplatz und damit eine qualifizierte Berufsausbildung zu erhalten.⁶⁹ Das öffentlich

67 Ziemlich durchgängig in Städten der Bundesrepublik nach Strohmeier, Segregation (wie Anm. 4), S. 17.

68 Entsprechende Daten wurden im Rahmen der Gelsenkirchener Ausstellung erhoben. Vgl. Nonn, Migrationsgeschichte (wie Anm. 7), S. 146–147; Strohmeier, Segregation (wie Anm. 4), S. 38–42. Zu Hindernissen im Bildungssystem für Migrantenkinder Pielage/Pries/Schultze, Ungleichheit (wie Anm. 3).

69 Für die 1990er Jahre Dietrich Thränhardt, Die eingewanderten „Ausländer“ im Ruhrgebiet, in: Barbian/Heid, Entdeckung (wie Anm. 22), S. 388–390.

übersichtlich besprochene Sprachproblem vieler Kinder und Jugendlicher stellt hier eine große, wenn auch nicht die einzige Hürde dar. Im Laufe der Entwicklung hat man in Gelsenkirchen insbesondere am Erwerb einer deutschen Sprachkompetenz für die Kinder der Zuwanderer gearbeitet und die Bemühungen auch schon in den Bereich der Kindertagesstätten und der Kindertagespflege vorgeschoben. So wird ein wachsender Anteil von Kindern mit Migrationsgeschichte bereits durch frühkindliche Bildung erfasst: Während 1988 bei insgesamt 5.872 Plätzen in den Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege nur 617 ausländische Kinder diese Einrichtungen besuchten, waren es im Jahr 2015 bei 8.658 Plätzen bereits 3.344 Kinder mit Migrationshintergrund.⁷⁰

Allerdings sind Ausländer nicht nur wegen ihrer schulischen und sprachlichen Qualifikationen bei den Chancen, einen Arbeitsplatz zu erhalten, benachteiligt – rechtliche Einschränkungen und arbeitsmarktpolitische Regelungen sowie Vorurteile kommen hinzu. Vielfach als religiös motiviert dargestellte Konflikte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen beruhen also oftmals auch auf sozialen Konflikten und Konkurrenzen um Lebenschancen zwischen der einheimischen alten Bevölkerung und einer jüngeren Bevölkerung mit Migrationshintergrund. So waren im Februar 2017 von den in Gelsenkirchen gemeldeten Arbeitslosen 34,1 Prozent Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit und 37,4 Prozent der nach den Regelungen des Sozialgesetzbuches (SGB) II Unterstützten waren Ausländer. Die Verteilung der Arbeitslosigkeit im Stadtgebiet entsprach dann auch etwa der Verteilung der nicht-deutschen Bevölkerung im Stadtgebiet. Ausländer waren in den letzten Jahren etwa ein- einhalbmal stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Menschen mit deutschem Pass. Die Kinderarmut unter ausländischen Familien war ebenfalls eineinhalbmal so verbreitet wie unter deutschen Familien und vor dem Hintergrund der Berufsbiografien war die Altersarmut unter Gelsenkirchener Ausländern etwa doppelt so hoch wie unter deutschen Gelsenkirchenerinnen und Gelsenkirchenern.⁷¹

70 Die Daten wurden für die Gelsenkirchener Ausstellung bei der städtischen Statistikstelle erhoben. In jüngerer Zeit lässt sich vor dem Hintergrund der Einführung des Betreuungsgeldes feststellen, dass sich der Anteil der Zuwandererkinder, die eine solche Einrichtung besucht, an der Gesamtzahl der Zuwandererkinder verringert und viele Kinder daher an einem frühzeitigen Spracherwerb gehindert werden.

71 Zahlen recherchierbar bei „Wegweiser Kommune“ <<http://www.wegweiser-kommune.de/>>, der Agentur für Arbeit <<https://www3.arbeitsagentur.de/web/content/DE/dienststellen/rdnrw/gelsenkirchen/Agentur/index.htm>> und der Stadt Gelsenkirchen.

Die Kinderarmut ist eine der zentralen Ursachen für Misserfolge in den Bildungsbiografien und damit in modernen Gesellschaften für die Vererbung von Armut. Letztlich können damit für viele Kinder die Bedürfnisse und Rechte nach der UN-Kinderrechtskonvention nicht gewährleistet werden, was zahlreiche Dimensionen kindlichen Wohlbefindens betrifft wie Versorgung, Gesundheit, Sicherheit, Bildung und soziale Teilhabe. So hat die Kinderarmut beispielsweise feststellbare gesundheitliche Folgen, die sich aus schlechter Ernährung, einer mangelnden Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen und wiederum Bildungsdefiziten ergeben.⁷² Geradezu dramatisch, aber öffentlich wenig thematisiert sind die sich aus den gesundheitlichen Folgen von sozialer Segregation ergebenden Konsequenzen für die Lebenserwartung. Bereits 2006 wurde festgestellt, dass in einer Stadt wie Gelsenkirchen mit ihren Strukturdatenmerkmalen die durchschnittliche Lebenserwartung eines männlichen Neugeborenen statistisch eineinhalb Jahre unter der eines durchschnittlichen männlichen Kindes in Nordrhein-Westfalen liegt, im Vergleich zu einem Jungen in Bonn hat ein Gelsenkirchener Junge eine um etwa vier Jahre niedrigere Lebenserwartung.⁷³

Auch aufgrund der Situation der Zuwanderer, aber vor allem infolge des Strukturwandels liegt im gesamten Ruhrgebiet die SGB-II-Quote weit über dem Durchschnittswert auf Bundes- und auch auf Landesebene. Dabei ist Gelsenkirchen in besonderer Weise betroffen: Im Jahr 2013, also noch vor den neuen Fluchtbewegungen, betrug die SGB-II-Quote der Stadt insgesamt 22,2 Prozent gegenüber 15,2 Prozent im gesamten Ruhrgebiet, bei den unter Dreijährigen betrug sie in Gelsenkirchen 38,1 Prozent gegenüber 20,9 Prozent im gesamten Ruhrgebiet.⁷⁴

Sozialraumanalysen für Gelsenkirchen zeigen gegenüber anderen Ruhrgebietsstädten, insbesondere in der Hellwegzone, einen deutlich überdurchschnittlichen Anteil von armen, alten, arbeitslosen und ausländischen Menschen an. So finden sich die Gelsenkirchenerinnen und Gelsenkirchener bei fast allen Indikatoren von Armutsentwicklung an der Spitze der Bewohner des Ruhrgebiets und Nordrhein-Westfalens. Dabei sind die Bevölkerungsgruppen, die armutsgefähr-

72 Stadt Gelsenkirchen (Hg.), Gesellschaftliche Teilhabechancen von Gelsenkirchener Kindern. Grundlage für eine sozialräumliche Strategieentwicklung, Gelsenkirchen 2015, S. 1–13.

73 Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen, Sozialraumanalyse (wie Anm. 4), S. 34–35; Strohmeier, Segregation (wie Anm. 4), S. 20.

74 <www.zefir.ruhr-uni-bochum.de/mam/.../zefir_armut_in_deutschland_140312.pdf> (19.7.2017).

det sind, nach den Erkenntnissen der Sozialraumforschung, wie nicht anders zu erwarten, im Stadtgebiet nicht gleich verteilt. Insbesondere in den südlichen Stadtteilen Gelsenkirchens finden sich mit den höchsten Arbeitslosenraten auch die höchsten Anteile von Menschen, die auf Sozialtransfers angewiesen sind, und dann auch dort die höchsten Anteile an nicht-deutscher Bevölkerung. Der Ausländeranteil korreliert hier direkt mit der Dichte von Sozialtransfers. Und auch die Zuwanderer aus den neuen EU-Staaten Südosteuropas siedeln sich im Süden Gelsenkirchens an, wo aufgrund der Bevölkerungsstrukturen die Anmietung von Wohnungen deutlich günstiger ist.⁷⁵

Die Zuwanderer verteilten sich eben – wie die stadtsoziologische Stadtforschung⁷⁶ hervorhebt – im Stadtgebiet Gelsenkirchens nicht gleichmäßig, sondern es bildeten sich für die unterschiedlichen Zuwanderergruppen jeweils besondere Siedlungsschwerpunkte heraus. Sozialräumlich können Quartiere mit bestimmten Eigenschaften identifiziert werden. So korrelieren größere Jugendlichkeit mit höheren Anteilen von Zuwanderern und große Anteile älterer Bewohner mit der deutschen Staatsangehörigkeit. Generationelle Unterschiede zwischen der einheimischen alten Bevölkerung und den Zuwanderern führen notwendigerweise auch zu alltäglichen Konflikten. Dabei besteht dann wieder ein Zusammenhang zwischen einem durch Familienhaushalte geprägten Stadtteil, Jugendlichkeit und nicht-deutscher Staatsangehörigkeit auf der einen Seite und auf der anderen Seite zwischen großen Anteilen älterer Menschen mit eher nicht familiengeprägten Haushalten und deutscher Staatsangehörigkeit. Gleichzeitig finden sich unter Bewohnerinnen und Bewohnern Gelsenkirchens mit deutscher Staatsangehörigkeit zahlreiche Haushalte von Alleinerziehenden, die unter materiellen Schwierigkeiten leiden, zum Teil bis zu einem Drittel der Haushalte. Dieser Teil lebt der materiellen Situation entsprechend in den Stadtteilen, in denen Wohnraum relativ günstig ist und wo aus diesem Grunde wiederum auch viele Familien von Zuwanderern sowie weitere unter Armut leidende Menschen leben. Im Rahmen der Segregation treffen in bestimmten Teilen der Stadt Arme, Alte, Ausländer und Alleinerziehende aufeinander. Wie nicht anders zu erwarten, finden sich in solchen Stadtteilen dann auch hohe Arbeitslosenraten und damit hohe Anteile von Menschen, die auf Sozialtransfers angewiesen

75 Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen, Sozialraumanalyse (wie Anm. 4); Strohmeier, Segregation (wie Anm. 4).

76 Z.B. Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen, Sozialraumanalyse (wie Anm. 4); Strohmeier, Segregation (wie Anm. 4), S. 54–59.

sind.⁷⁷ Durch sozialräumliche Analysen lässt sich eindeutig feststellen, dass die Verbreitung von Armut als das Angewiesensein auf Sozialtransfers und hohe Arbeitslosenquoten wiederum eindeutig mit einem geringeren formalen Bildungsniveau korrelieren, also geringere formale Bildungsabschlüsse wesentlich zu Armut beitragen. Der Familienbericht für die Stadt Gelsenkirchen aus dem Jahr 2006 identifizierte vor dem Hintergrund solcher sozialräumlicher Analysen daher auch eine „deutliche räumliche Polarisierung der familialen Lebenslagen“ im Stadtgebiet.⁷⁸ Diese räumliche Polarisierung im Stadtgebiet schlägt sich wiederum nieder in sozialräumlich differenzierten Lebensweisen mit komplexen Auswirkungen auf Gesundheit oder auch die Bildungswege der Kinder und Jugendlichen. So entwickelt sich in manchen Teilen der Stadt so etwas wie eine Kumulierung von Benachteiligungen, die auch an die nächste Generation vererbt werden. Jüngere Untersuchungen der gesellschaftlichen Teilhabechancen von Gelsenkirchener Kindern mit der Frage nach den Bedingungen gelingenden Aufwachsens und kindlichen Wohlbefindens belegen erwartbar die schlechte Lage der Kinder in den Stadtteilen, die von zahlreichen sozialen Nachteilen betroffen sind. Dies sind erneut die Stadtteile, in denen der Migrantenanteil besonders hoch ist. Dort lassen sich beispielsweise auch schlechte Zahngesundheit, Adipositas, unterdurchschnittliche Teilnahmequoten an Früherkennungsuntersuchungen, ein nur begrenzter Besuch von Kindertageseinrichtungen, Sprachförderbedarf, geringere Anteile von Schulformempfehlungen für Gymnasien, schlechtere Wohnbedingungen, schlechtere Umweltbedingungen, Lärmbelastung usw. feststellen.⁷⁹ Auch Programme der Stadtteilentwicklung, die gerade in Gelsenkirchen mit einer Vorreiterrolle intensiv betrieben werden, haben die vielfältigen Probleme nur ansatzweise lindern können.⁸⁰

77 Vgl. die differenzierte sozialräumliche Darstellung in: Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung der Ruhr-Universität Bochum, Familienbericht (wie Anm. 46), S. 45–61; neuer in Stadt Gelsenkirchen, Lernen (wie Anm. 46).

78 Als Ergebnis der Analysen in Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung der Ruhr-Universität Bochum, Familienbericht (wie Anm. 46), S. 73; zusammenfassend auch Stadt Gelsenkirchen, Lernen (wie Anm. 46), S. 37.

79 Ausführlich Stadt Gelsenkirchen, Teilhabechancen (wie Anm. 72); mit Schwerpunkt auf Bildungsbeteiligung Stadt Gelsenkirchen, Lernen (wie Anm. 46).

80 Vgl. Janine Feldmann/Detlef Kurth/Stefan Rommelfanger, Soziale Stadt Gelsenkirchen – 20 Jahre Modellstadt der integrierten Stadterneuerung, Essen 2015; Stadt Gelsenkirchen (Hg.), Bismarck/Schalke-Nord im Wandel, Ein Stück Stadt neu erfinden, Gelsenkirchen 2013. Allgemein Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen, Sozialraumanalyse (wie Anm. 4); Strohmeier, Segregation (wie Anm. 4), S. 122–150. Für das Ruhrgebiet: Jörg Bogumil/Rolf G. Heinze/Franz Lehner/Klaus Peter Strohmeier, Viel erreicht – wenig gewon-

Die räumliche Differenzierung von Lebenslagen ist auch ablesbar an unterschiedlichen Verhaltensweisen in der Stadtgesellschaft, wenn zum Beispiel in den Stadtteilen mit zahlreichen sozialen Problemlagen die Wahlbeteiligung ausgesprochen niedrig ist und unter dem Stadtdurchschnitt liegt und damit gewissermaßen demokratiefreie Zonen entstehen.⁸¹ Solche Teilräume der Stadt mit solchen Verhaltensweise sind oftmals dann auch die Stadtteile mit dem niedrigsten Niveau lokaler Integration und Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Stadt und ihrem Wohnquartier.⁸² Für die soziale Segregation in Gelsenkirchen ist zudem festzustellen, dass diese seit den 1990er Jahren eine Verschärfung erfahren hat, so dass zu beobachten ist, dass in den ärmsten Stadtteilen auch die Armut am stärksten gestiegen ist und dass die Stadtteile mit den höchsten Anteilen an Menschen mit Migrationsgeschichte auch die Stadtteile sind, in denen verstärkt Zuwanderer zuziehen, was zum Teil durch die gestiegene Zahl der Einbürgerungen verdeckt wird.⁸³

Die Segregation führt dazu, dass in bestimmten Quartieren die alltäglichen Konflikte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, zwischen verschiedenen Zuwanderergruppen oder zwischen Zuwanderergruppen und Einheimischen zunehmen und kulturelle und zum Teil auch religiöse Unterschiede das Klima in solchen Stadtteilen bestimmen. Zwischen den verschiedenen Gruppen haben sich nur wenige nachbarliche und freundschaftliche Beziehungen gebildet. Da solche Quartiere auch von hoher Fluktuation und damit zusammenhängend von Anonymität und fehlender sozialer Kontrolle geprägt sind, lassen sich hier auch verstärkt Vandalismus oder Kriminalität beobachten.⁸⁴

Die jüngsten Zuwanderungsbewegungen aus den südosteuropäischen Staaten sowie aus den Fluchtbewegungen führten dazu, dass eine wachsende Zahl von Kindern ohne jede deutsche Sprachkenntnis der Schulpflicht unterliegt. Diese Kinder und auch Jugendlichen müssen in sogenannten internationalen Förderklassen zunächst separat beschult werden, um sie dann in den Regelunterricht übernehmen zu können. Dies stellte einerseits die Stadt Gelsenkirchen vor enorme Herausforderungen, da schon bald weit mehr als hundert solcher internationalen Förderklassen eingerichtet werden mussten, und andererseits

nen, Ein realistischer Blick auf das Ruhrgebiet, Essen 2012 und dazu meine Besprechung in: forum Geschichtskultur Ruhr (2012), H. 2, S. 82–84. Vgl. zu Bemühungen um kommunale Bildungspolitik Stadt Gelsenkirchen, Lernen (wie Anm. 46).

81 Vgl. Strömmer, S. 17 (wie Anm. 46), S. 8

82 Vgl. ebd., S. 17.

83 Ebd., S. 28–29.

84 Vgl. ebd., S. 34.

führt es im Regelbetrieb der Schulen zu enormen Auseinandersetzungen mit Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrern, wenn der Schulunterricht umorganisiert werden muss.

9. Schlussbemerkungen: Segregation, Fragmentierung, Aushandlungsprozesse ohne Ende

Letztlich ist also ein Prozess wachsender Segregation zu beobachten, das heißt einer Entmischung der Stadtgesellschaft, wohingegen das europäische Wohlfahrtsstaatsmodell wie auch der deutsche Sozialstaat eine Durchmischung der Bevölkerung vorsieht, die nicht zu einer Leitkultur führt, sondern Toleranz und Zusammenleben fördern soll. Eine zeitgemäße Vorstellung vom „Schmelztiegel Ruhrgebiet“ kann daher überhaupt nur darauf gründen, dass es eine solche Durchmischung gibt, in der unterschiedliche Lebensverhältnisse und Lebensweisen nebeneinander bestehen können und wenigstens im Alltagsleben gewissermaßen miteinander verschmelzen. De facto muss aber festgestellt werden, dass die Segregation der Gelsenkirchener Stadtgesellschaft durch drei räumlich wirksame Prozesse verschärft wird: die räumliche Trennung von Arm und Reich, die räumliche Trennung von Familienhaushalten und anderen Haushaltsformen und die räumliche Trennung von Zuwanderern und Einheimischen. Knapp formuliert heißt das: „Wo die meisten Kinder in der Stadt leben, leben die meisten Einwanderer und die meisten Armen.“⁸⁵

So, wie es keine einheitliche Gruppe von Zuwanderern in Gelsenkirchen gibt, ist auch die Bevölkerung mit deutschem Pass nicht mehr homogen: Wie schon zu Zeiten des Industrialisierungsprozesses ist die Gelsenkirchener Bevölkerung eine bunt zusammengewürfelte Mischung von Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher kultureller Orientierungen und mit unterschiedlichen Erfahrungen, die auch recht unterschiedlich lebt: Unterschiedliche Generationenerfahrungen, verschiedene Ausbildungsgänge oder neue und andere Lebens- und Verhaltensweisen prägen die Menschen. Diese Unterschiedlichkeit ist Ergebnis zahlreicher Wanderungsbewegungen und moderner wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, kultureller und politischer Strukturen. Das Zusammenleben ist nicht konfliktfrei und vielfach auch durch Vorurteile geprägt. Zwar lässt bei den nachwachsenden Zuwanderergenerationen die Bindung an die Herkunft der Eltern und Großeltern nach, wirklich angekommen und aufgenommen in

85 Ebd., S. 13.

Deutschland fühlen sie sich jedoch oftmals auch nicht. Wie die europäischen Gesellschaften insgesamt verarbeitet die Ruhrgebietsgesellschaft den „Abschied von der Illusion der homogenen Nation“.⁸⁶

Innerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft oder auch der europäischen Gesellschaften insgesamt und gewissermaßen ganz nah in Stadtgesellschaften wie hier am Fallbeispiel Gelsenkirchen macht sich bemerkbar, dass im neoliberalen Zeitalter „nach dem Boom“⁸⁷ nunmehr seit Jahrzehnten jenseits von Fragen nach ökonomischer Nützlichkeit von Zuwanderung und Fragen der Arbeitsmarktintegration der Zuwanderer nicht über Grundwerte demokratischen und friedlichen Zusammenlebens diskutiert worden ist.⁸⁸ So hat letztlich nicht nur die Ruhrgebietsgesellschaft keine rechte Vorstellung davon, was sie unter Integration verstehen will und wie zukünftiges Zusammenleben organisiert werden soll. Jenseits der Diskussion um die Notwendigkeit von Spracherwerb, der allerdings empirisch beobachtbar nur begrenzt funktioniert, für den ökonomischen Nutzen der Zuwanderung von jungen qualifizierten Arbeitskräften wird bestenfalls noch über Kopftuchfragen oder in Zeiten fortschreitender Säkularisierung⁸⁹ über unterschiedliche religiöse Orientierungen diskutiert. Rechtspopulistische und rechtsextreme Kräfte formulieren zunehmend Fremdenfeindlichkeit, die z.B. mit Homophobie oder Diffamierung von Eliten über Ausländerfeindlichkeit und Ablehnung von Zuwanderung hinausgeht. Geschürt durch Parteien und bestimmte Politiker ist in der Bundesrepublik eine Islamophobie erweckt worden, die gerade im Kontext der Errichtung von Moscheen immer wieder offen hervortritt.⁹⁰ Währenddessen wird außerhalb der Vorstellung weitgehender Assimilation ein „dritter Weg“ der Integration als Fortentwicklung der Identität, eine

86 Imke Sturm-Martin, *Annäherung in der Diversität. Europäische Gesellschaften und neue Zuwanderung seit dem Zweiten Weltkrieg*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 49 (2009), S. 215–230, hier S. 230.

87 Z.B. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008; Morton Reitmayer/Thomas Schlemmer, *Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom*, München 2013; Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael/Thomas Schlemmer (Hg.), *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2016.

88 Esser, *Assimilation* (wie Anm. 3), S. 81–107.

89 Vgl. z.B. Goch, *Zuwanderung* (wie Anm. 6), S. 32.

90 Dietrich Thränhardt, *Deutschland 2008: Integrationskonsens, pessimistische Erinnerungen und neue Herausforderungen durch die Globalisierung*, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), *Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Wege zu einer sozialen und gerechten Zukunft. Tagungsdokumentation des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn 2009, S. 50.

Zuwanderergesellschaft aus den Kulturen verschiedener Herkunftsländer und der Bundesrepublik, nur selten diskutiert. Dass bei alledem sozioökonomische Differenzierungen eine mindestens gleichgroße Rolle spielen wie Herkunftsfragen und kulturelle Orientierungen, wird noch weniger thematisiert.

Demokratisches Miteinander benötigt aber eben auch handfeste materielle Voraussetzungen. Doch in der Segregation, die sich beispielhaft in der Gelsenkirchener Stadtgesellschaft zeigt, werden zum Teil quer zur Zuwanderung liegende gravierend unterschiedliche Lebensverhältnisse und Lebensweisen sichtbar. Dabei geht es um multiple Benachteiligungen bestimmter Bevölkerungsgruppen, nicht nur von Zuwanderern. Auch hier zeigen sich die Folgen jahrzehntelanger neoliberaler Politik und des Rückzuges des Staates, von dem insbesondere Kommunen mit ihrer Nähe zu den Menschen betroffen sind. Beispiele sind die Wohnungspolitik, Teile der Infrastrukturpolitik oder auch eine sozial selektive Stadtpolitik. Die mit der Segregation in den Städten verbundenen Herausforderungen des Sozialstaates sind lange bekannt.⁹¹ In den Städten materialisiert sich die Geschichte der Bundesrepublik der letzten Jahrzehnte, im Ruhrgebiet kommen die Folgen des Strukturwandels hinzu. Die verschiedenen Zuwanderungsprozesse, die im Ruhrgebiet allgegenwärtig sind, verschärfen die Problematik sozialer Ungleichheit sowie mangelnder Eingriffsmöglichkeiten der öffentlichen Hand nur noch weiter. So besteht die konkrete Gefahr, dass nicht nur Nachbarschaften alltäglich überfordert sein könnten oder auch schon sind, sondern dass auch Städte wie Gelsenkirchen zunehmend überfordert werden. Die Determination von Lebenschancen von Kindern durch ihren Wohnort und dessen sozialräumliche Strukturen kann angesichts der kommunalen Finanzsituation kaum durchbrochen werden.⁹² Wer in den „schwierigen Stadtteilen“ aufgewachsen ist, hat mit solchen lebensgeschichtlichen Prägungen wenig Chancen zur Integration in die Arbeitswelt und in das gesellschaftliche Leben insgesamt. Umgangssprachlich: Eine schwierige Jugend erklärt nicht alles und entbindet auch nicht von der Verantwortung für das eigene Leben, aber die Chancen sind einfach schlechter.

Bei alledem gibt es natürlich eine Sozialisationswirkung des Alltags in einer Stadtgesellschaft, die sich aus dem alltäglichen Zusammenleben und Begegnen entwickelt. Eine Angleichung von Lebensweisen findet dabei in vielen Bereichen statt, freilich nicht in der allgemeinen Orientierung an einer „Leitkultur“, sondern in einer pluralistischen Welt unterschiedlicher Lebensstile. Die

91 Strohmeier, Segregation (wie Anm. 4) mit dem Verweis (S. 7) z.B. auf Kaufmann, Herausforderungen (wie Anm. 5).

92 Strohmeier, Segregation (wie Anm. 4), S. 17.

multikulturelle Gesellschaft ist längst Realität – allerdings nicht im Sinne von nach Herkunft voneinander getrennten, nebeneinanderher lebenden ethnischen Subkulturen: Die Grenzen zwischen den verschiedenen Lebensstil-Milieus liegen vielmehr quer zu den ethnischen Gruppen und sortieren sich immer wieder neu. Die Existenz eines gesellschaftlichen Basiskonsens von Werten schließt das nicht notwendigerweise aus.⁹³ Allerdings muss dieser Basiskonsens alltäglich immer wieder ausgehandelt werden, und er muss auch fortentwickelt werden zu einer demokratischen Kultur in einer hochdifferenzierten Gesellschaft. Hierfür ist eine gemeinsame Sprache Schlüsselkompetenz und Voraussetzung, die sich nach bisherigen Erfahrungen erst in der dritten Generation durchsetzt.⁹⁴ Während es einerseits zu immer engeren Kontakten zwischen Zugewanderten und Alteingesessenen kommt, bleiben manche Zuwanderergruppen wie z.B. ein Teil der Menschen aus der Türkei unter sich und bilden Ansätze von Parallelgesellschaften aus.⁹⁵ In diesem Sinne ist die Ruhrgebietsgesellschaft nur in Grenzen ein „Schmelztiegel“, sondern es haben sich Sozialräume herausgebildet, die durch spezifische Zuwanderergruppen geprägt und dabei mehr oder weniger stark mit der Aufnahmegesellschaft verbunden sind, manchmal nur durch einen fragilen Minimalkonsens.⁹⁶

Es bleibt die Hoffnung, dass die Ruhrgebietsgesellschaft als eine fast auf der grünen Wiese entstandene Zuwanderergesellschaft des Industriezeitalters mit dem notwendigen fortdauernden „Aushandeln eines konfliktarmen Miteinanders“⁹⁷ zurechtkommt. Wie seit Beginn der Industrialisierung, als in einem langwierigen Prozess die Menschen konflikthaft zusammenfanden, wird das Zusammenwachsen der Bevölkerung Gelsenkirchens einige Zeit in Anspruch nehmen und Mühen und Toleranz bei Einheimischen und Zugewanderten erfordern. Insofern ist das nicht so ganz zutreffende Selbstbild vom

93 Nonn, Migrationsgeschichte (wie Anm. 7), S. 160. Vgl. Nonn, Integration (wie Anm. 61), S. 189–190.

94 Nonn, Integration (wie Anm. 61), S. 184–185; Nonn, Migrationsgeschichte (wie Anm. 7), S. 134–136; siehe auch Esser, Assimilation (wie Anm. 3), S. 81–107.

95 Nonn, Integration (wie Anm. 61), S.185–187; Nonn, Migrationsgeschichte (wie Anm. 7), S.136–138.

96 Vgl. Pries, Ungleichheit (wie Anm. 3), S. 172–181, bes. S. 173–174. zu dem etwas unglücklich benannten „Salatschüssel-Modell“, bei dem sich in der Ankunfts-gesellschaft sozialräumliche Verklumpungen, gleichsam identifizierbare Salatstücke gebildet haben. Angesichts der unübersichtlichen Wanderungsbewegungen, nicht nur in eine Richtung, könnte auch ein Geflecht-Modell die Situation in Gelsenkirchen, im Ruhrgebiet und wahrscheinlich in der gesamten Bundesrepublik beschreiben.

97 Sturm-Martin, Annäherung (wie Anm. 86), S. 230.

„Schmelztiegel“⁹⁸ hoffentlich eine gute Ausgangsbasis, mit der Gemengelage und den Anforderungen einer Migrationsgesellschaft in einer differenzierten modernen Gesellschaft zurechtzukommen.⁹⁹

98 Petzina, Erfahrung (wie Anm. 1), S. 41–46; Tenfelde, Schmelztiegel (wie Anm. 22), S. 7–28. Vgl. positiv Thränhardt, Ausländer (wie Anm. 69), S. 392–393.

99 So könnte die Auskunft „Ich bin Türke“ nicht als der Aussage „Ich bin Gelsenkirchener“ widersprechend begriffen werden, sondern als Hinweis auf eine Familiengeschichte. Nach Klaus J. Bade, Legenden, die sich selbst überleben, in: Eryılmaz/Jamin, Fremde Heimat (wie Anm. 8), S. 16.